

Was der
Medizinal-Einrichtung
B a y e r n s

Noth thut,
um den Anforderungen
eines
wohlgeordneten Medizinalwesens
zu entsprechen.

Ein Beitrag
zur
Medizinal - Geschichte Bayerns.

Von
Dr. G. Aschenbrenner,

*Medizinalrath bei der königl. Regierung des Regenkreises, erster Arzt
an den Civil-Kranken-Anstalten, der physikalisch-medizinischen
Societät zu Erlangen Mitglied, und des pharmaceutischen Vereins
in Bayern Ehren-Mitglied.*

Passau 1829.

Bei Friedrich Pustet.

Medizinisch-Literarische

Beilage

zum

Journal für die

Medizin

Es ist die heiligste aller Gaben,

Voll hoher Bürgschaft.— Sinn für Recht und Licht zu haben.

TIEDGE.

Ein Beitrag

zur

Medizinisch-Literarischen

Beilage

Dr. C. Schenker

Uebersicht der bei der Herausgabe der Medizinisch-literarischen Beilage
an der Rheinischen-Universität, der physikalisch-mathematischen
Fakultät in Bonn, und der philosophischen Fakultät
in Bonn erschienenen Hefen.

Passau 1826

Bei Friedrich Tiedge

V o r w o r t.

Für das Medizinalwesen Bayerns begann unter der glorreichen Regierung unsers höchstseligen Königs Max. Joseph eine neue und wichtige Epoche. Was in derselben für das öffentliche Gesundheitswohl geschehen ist, unternahm ich im Nachgange zusammen zu stellen, und wage es in einem kurzem Ueberblicke der Oeffentlichkeit zu übergeben. Ich legte mir dabei die Frage vor, ob im Medizinalfache Bayerns nichts mehr zu wünschen übrig sey. Und da ich noch Manches abgängig zu finden glaubte; so ging ich auf die Lösung der Frage über:

„Was der Medizinal - Einrichtung

„Bayerns Noth thue, um den Anforderungen eines wohlgeordneten Medizinalwesens zu entsprechen.“

Mögen diese wenigen Bogen in Beziehung auf obige Lösung wenigstens einige Weizenkörnchen auffinden lassen. Wenn dann solche, zum keimen reif, auch fruchtbaren Boden gewinnen; so kann ich nie grössern Lohn ernten, als den freudigen Anblick der reifenden Frucht zu geniessen.

Regensburg im Monate Februar 1829.

Dr. G. Aschenbrenner.

10
Mit dem Regierungs-Antritte unsers höchstseligen Königs *Maximilian Joseph* ging dem Medizinalwesen Bayerns ein Lichtstern auf, der die dunklen Gefilde desselben, in welche bisher kaum matte Lichtstrahlen gedrungen, wohlthätig erhellte. Die ersten Strahlen fielen auf die Pfade der Medizinalverwaltung. Aerzte wurden unmittelbar zur Staatsverwaltung für die Gegenstände des Medizinalwesens gerufen, und zur Würde von Staatsbeamten erhoben. Diese zuerst Beglückten waren die Medizinal-Räthe bei den im Jahre 1799 konstituirten Landes-Directionen der Provinzen Bayerns ¹⁾. Allein dieses war nur die erste Einleitung zur Durchführung des aufgestellten Staatsgrundsatzes, daß die Medizin in ihrer Anwendung für das öffentliche Gesundheitswohl nunmehr durch Aerzte bei der Staatsverwaltung vertreten werden solle. Auch bei den äußern Behörden mußten Aerzte an der Leitung des Medizinalwesens

1) Instruktion der General-Landes-Direction für die churfürstl. bayerisch- und neuburg. Lande zu München, dann der Landes-Direction der obern Pfalz, Sulzbach und Leuchtenberg zu Amberg vom 23. April 1799, im Münchner Intelligenzblatte 1799. St. 20. S. 309.

und dem unmittelbaren Vollzug der Medizinalanordnungen Theil nehmen dürfen, um die neue Verwaltungsmaxime fruchtbringend für die leidende Menschheit zu machen. Doch dazu bedurfte es noch einer wichtigen Glückswende. Der Lobgesang der Klöster sollte sich in der reellen Hülfe der leidenden Menschheit verwirklichen. Die Klosteraufhebung war sonach eine nothwendige Vorbedingung. Der Reichs-Deputations-Hauptschluss vom Jahre 1802 §. 35. mit seinem Zusatzartikel gab dem Staate hiezu die Macht und die Mittel ¹⁾. Eine höchst landesherrliche Verordnung vom 4. Nov. 1803 die Besoldung der Medizinalräthe betreffend ²⁾, welche mit einer in der Medizinalgeschichte Bayerns ewig denkwürdigen Einleitung des Inhalts beginnt: »Nachdem Unser Staats-Aerarium durch den Zuwachs der Renten von den aufgehobenen Stiftern und Klöstern nun in den Stand gesetzt ist, für die der Menschheit so interessante medizinische Polizei grössere Aufopferungen zu machen etc.,« sprach dasselbe öffentlich aus, und sicherte dadurch, gleich dem Schulwesen, auch dem Medizinalwesen eine bleibende Dotation. —

In jedem Gerichtsbezirke wurde nunmehr in Folge der Verordnung über die Organisation der Landgerichtsphysikate vom 28. Octo-

1) Geist der merkwürdigsten Bündnisse und Friedensschlüsse des 19. Jahrh. von Ch. D. Voss. 1804. S. 426 et 473.

2) Churpfalz. Rgsblatt. 1803. St. 47. S. 953.

ber 1803 ¹⁾ ein geprüfter und bewährter Gerichtsarzt angestellt, und die Geschäfte der Medizinalpolizei und der gerichtlichen Arzneipflege demselben zur Besorgung übertragen. Auch die unentgeltliche ärztliche Sorgfalt für kranke Arme seines Bezirkes wurde ihm dabei zur Pflicht gemacht. Was hiedurch ruhmvoll begonnen, erhielt erst im Jahre 1808 seine nähere Begründung und Vollendung. Wie die Medizinalverwaltung bleibend geführt werden solle, wurde in einem eigenen Edicte vom 8. September 1808 festgesetzt, und näher bezeichnet. An die Spitze der Gesamt-Medizinalverwaltung trat beim königl. Staatsministerium des Innern eine eigene oberste Medizinalstelle — *Central-Medizinal-Bureau*, welches in der Sektion der Polizei errichtet worden ²⁾. Aerzte wurden als Obermedizinalräthe, denen hiebei die Bearbeitung der Medizinalgegenstände und die Leitung des Gesamt-Medizinalwesens übertragen war, zu dem Ende in's königl. Staatsministerium gerufen ³⁾. — Als im Jahre 1808 die innere Staatsverwaltung eine neue Umgestaltung erlitt, und an die Stelle der Landesdirectionen die General-Kommissariate als oberste Kreisstellen traten, blieb die Medizinalverwaltung nicht

1) Churpfalzb. Rgsblatt 1803. St. 45. S. 912.

2) K. bayer. Regierungsbl. 1808. St. 49. S. 1955 und St. 56. S. 2210.

3) K. b. Rgsbltt. 1808. St. 31. S. 1441. und St. 49. S. 1979.

ohne Theilnahme. Die bisherigen Medizinalräthe wurden Kreismedizinalräthe mit dem Charakter und Rang der übrigen Kreisräthe. Doch blieben deren nur einer oder zwei für die Bearbeitung der medizinisch-polizeilichen Gegenstände den General-Kommissariaten beigegeben ¹⁾.

Bei Konstituierung der Landesdirektionen war der Wirkungskreis der Medizinalräthe in der Art festgesetzt, daß sie statt des früher bestandenen medizinischen Kollegiums über alle, die medizinische Polizei betreffende Gegenstände lediglich zu Rathe gezogen, und ihre Erinnerungen bei den Beschlüssen zum Grunde gelegt werden sollen. Dabei waren ihrem Geschäftskreise insonderheit zugetheilt die Prüfungen der Aerzte, Wundärzte und Hebammen; dann die Untersuchungen der Arzneien, und die Rechnungen von Wundärzten und Apothekern etc. Von den Justizstellen, Aemtern und Magistraten konnten sie zur Abgabe medizinischer Gutachten requirirt werden. So oft Vorfälle eine nähere Untersuchung erheischten, hatten sie besonders zusammenzutreten, und der erste Medizinalrath hatte dabei das Direktorium zu führen. — Im Jahre 1803 wurde in der Polizeideputation für das Medizinalwesen eine eigene — die

1) R. b. Rgsbltt. 1808. St. 56. S. 2203 und 2218.

dritte Sektion gebildet. Der Wirkungskreis blieb im Ganzen derselbe. So oft jedoch ein abgesonderter Zusammentritt statt gefunden, hatte nunmehr der Versammlung jedesmal auch ein Rath aus der ersten Sektion der Polizeideputation zur Besorgung des Formellen der dabei vorkommenden Geschäfte beizuwohnen ¹⁾.

Hatten die Medizinalräthe hienach gleichwohl noch nicht unmittelbar das Medizinal-Referat zu führen: so blieb die Sache doch nicht lange in dieser Stellung; denn noch während des Fortbestandes der Landesdirektionen wurde die Bevormundung für entbehrlich erkannt, und in Anerkennung gehöriger Geschäftskunde ihnen zugleich die Bearbeitung sämtlicher Medizinalgegenstände und der unmittelbare Vortrag hierüber in Gemäßheit Allerhöchster Anordnung anvertraut. Bei den königl. General-Kommissariaten blieb ihnen auf dieselbe Weise und in dem überhaupt vorgezeichneten Geschäftsgange die Leitung des Medizinalwesens in den Kreisen, und die Bearbeitung aller im Gebiete der Medizinalpolizei vorkommenden Gegenstände zugetheilt. Für die Prüfungen der Aerzte und Apotheker dagegen, so wie für die Bearbeitung der medizinisch-gerichtlichen Fälle der zweiten In-

1) Churf. b. Rgsbltt. 1803. St. 36. S. 663, mit Bezug auf die Instruktion der General-Landesdirektion vom 23. April 1799.

stanz, indem die Vorfällenheiten und Untersuchungen im Fache der gerichtlichen Arzneiwissenschaft den Gerichtsärzten zugewiesen geblieben, sind besondere Medizinal-Comitéen errichtet worden ¹⁾).

Obgleich im Jahre 1817 von neuem eine Organisation eingetreten, und an die Stelle der General-Kommissariate nunmehr Kreis-Regierungen gesetzt worden sind: so machte solches mit Ausnahme des dabei eingeführten Kollegialgeschäftsganges in Beziehung auf die Stellung und den Wirkungskreis der Medizinalräthe im Wesentlichen keine Aenderung ²⁾. Dagegen kam im königl. Staatsministerium des Innern an die Stelle der, seit dem Jahre 1810 statt des Medizinal-Bureau errichtet gewesenen Medizinal-Sektion ³⁾ ein Obermedizinal-Kollegium, jedoch nur auf erforderliche Begutachtung der beim Staatsministerium, oder den Regierungsstellen vorkommenden öffentlichen Medizinal-Angelegenheiten, und auf das Superarbitrium in Sachen der gerichtlichen Arzneipflege beschränkt ⁴⁾. — Solches machte indess in Folge der Reorganisation im Jahre 1825 einem Obermedizinalrathe, der wie-

1) Königl. b. Rgsbltt. 1808. St. 56. S. 2204 und 2218, und St. 72. S. 2889.

2) Königl. b. Rgsbltt. 1817. St. 14. S. 233.

3) Königl. b. Rgsbltt. 1810. St. 52. S. 890.

4) Königl. b. Rgsbltt. 1817. St. 17. S. 369.

der unmittelbar beim königl. Staatsministerium das Medizinal-Referat zu führen, und das Gesamt-Medizinalwesen zu leiten hat, vom neuen wieder Platz ¹⁾).

Was nun im Medizinalfache, seitdem dasselbe in der Kette der innern Staatsverwaltung ein eigenes Glied bildet, und die Wissenschaft sich hiebei selbst vertreten durfte, Großes und Erspriefsliches für die Menschheit geschehen, liegt uns zwar allen vor Augen, und wird von derselben dankbarst als höchst wohlthätig anerkannt. Ein kurzer Ueberblick, der zugleich die Perioden bezeichnet, in welchen sich die segensreichen Wirkungen der Medizinal-Einrichtung kund gegeben, dürfte hier demungeachtet nicht am unrichten Platze stehen. Sie sind des wärmsten Dankes werth, und können zur verdienten Anerkennung nicht oft genug an's Tageslicht gezogen werden.

1. Womit die neue Medizinalverwaltung ihr *Initium solenne* feierte, und der Menschheit ihre edelste Absicht, stets heilbringend für dieselbe zu wirken, an Tag legte, war die gesetzliche Einführung der Schutzpockenimpfung mittelst Edikt vom 26. August 1807 ²⁾.

1) K. b. Rgs.- und Intelligenzbl. 1825. St. 52. S. 983.

2) K. b. Rgsblt. 1807. St. 39. S. 1426.

Während noch in keinem Staate, das Fürstenthum Lucca ausgenommen, welches die Verdienste *Jenners* schon ein Jahr früher durch allgemeine Anordnung der Schutzpockenimpfung mittelst Verordnung vom 25. December 1806 ¹⁾ öffentlich anerkannte, der Menschheit diese Wohlthat auf gesetzlichem Wege gebracht worden, sprach *Bayern* dieselbe positiv aus, und setzte hienach fest, daß in Zukunft alle Kinder, welche den 1. Juli eines jeden Jahres das dritte Jahr vollzählig erreicht haben, mit den Schutzpocken geimpft seyn müssen. Die Saumseligen und Widerspenstigen seyen daher mit angemessenen Geldstrafen zur Annahme des Guten zu bestimmen. Die Besorgung der öffentlichen Impfungen wurde ausschließlich den Stadt- und Landgerichtsärzten übertragen. Jedem ordentlich approbirten Arzte blieb es dabei unbenommen, in einzelnen Fällen, jedoch genau nach der vorgeschriebenen Norm, zu impfen. Allen Andern ward das Impfen ohne Ausnahme und bei Strafe verboten. Um zu jeder Zeit frischen und echten Impfstoff erhalten zu können, wurden mittelst Verordnung vom 4. November 1807 ²⁾ eigene Provinzial-Impfärzte provisorisch aufgestellt, die jedoch mit Ausnahme des in der Residenzstadt angestellt

1) Med. chirurg. Zeit. Salzburg 1807. Bd. 1. S. 160.

2) H. b. Rgsbltt. 1807. St. 49. S. 1735.

gebliebenen in der Folge, als die Organisation der General-Kommissariate eintrat, wieder aufhörten.

Wenige Staats-Institute Bayerns haben sich so lange nach ihren ersten Grundzügen erhalten, als eben das Gesetz über die Schutzpockenimpfung. Nur hinsichtlich der bisher zweimal des Jahres angeordnet gewesenen öffentlichen Impfung wurde vermög Verordnung vom 7. April 1810 ¹⁾ bestimmt, daß in Zukunft jährlich nur *eine* allgemeine gesetzliche Impfung, welche jedoch vor dem ersten Juli eines jeden Jahres, sohin mit dem 30. Juni, als dem Schlusse des Impfstjahres beendigt seyn muß, vorgenommen und vollzogen werden solle. Jeder Gerichtsbezirk wurde nebstbei in mehrere Impfdistrikte mit Bestimmung von gemeinschaftlichen Sammelplätzen zur Impfung und Kontrolle eingetheilt, und übrigen eine allgemeine Revision der Kinder in der Art angeordnet, daß alle, welche vom 30. Juni 1798 bis zum 1. Juli 1807 geboren, und welche nicht in den Schutzpockentabellen als geimpft aufgeführt sind, und daher keinen Impfschein empfangen haben, verpflichtet seyen, ohne Ausnahme zu erscheinen, und auf glaubhafte Weise darzuthun, daß sie vor der Einführung des Impfgesetzes die Menschenblattern schon überstanden haben, oder mit Er-

1) R. b. Rgsbltt. 1810. St. 16. S. 263.

folge mit den Schutzpocken geimpft worden seyen, und dafür einen eigenen Blatterschein in Empfang zu nehmen, ausserdessen sich auf der Stelle der Impfung zu unterwerfen. Auch in Beziehung auf die Bestreitung der Impfkosten fand eine Abänderung statt. Was früher das Staatsaerar beigetragen, ging in der Folge ganz auf die Gemeinden über. Eine Verordnung vom 19. April 1821 ¹⁾ gibt über Berechnung, Erhebung und Berichtigung der Impfkosten die deßfalls näheren Vorschriften.

Anmerkung. Obgleich die Schutzpockenimpfung erst im J. 1807 gesetzlich eingeführt worden, so befaßten sich mit derselben doch schon seit dem Jahre 1801 die Aerzte der damaligen Provinzen Bayerns. Die Staatsregierung wirkte zu deren Beförderung durch öffentliche Belehrung und Aufmunterung ²⁾, und stellte, um jenen Aerzten, welche sich die Verbreitung der Impfung angelegen seyn ließen, fortwährend echten Impfstoff unentgeltlich zu verschaffen, schon im Jahre 1804 in der Residenzstadt einen eigenen Impfarzt unter der Aufsicht der churfürstlichen Landesdirektion an ³⁾. Auch indirekte Zwangsmittel wurden allmählig in Anwendung gebracht. Eine aus den berichtlichen Anzeigen verfasste Zusammenstellung bewährt, daß vor Einführung des Impfgesetzes in allen zu dem Königreiche Bayern gehörigen ältern und neu-

1) Rgs.- und Intelligenzbl. für das Königr. Bayern 1821. Nr. 19. S. 483.

2) Churpfalz. Rgs.- und Intelligenzbl. 1801. St. 36. S. 561.

3) Churpfalz. Rgsbl. 1804. St. 9. S. 199.

ern Staaten über 280000 Individuen geimpft worden seyen. Wenn man diesem an sich allerdings erfreulichen Resultate den Erfolg der Schutzpockenimpfung im Jahre 1807 $\frac{7}{8}$, als dem ersten Jahre der gesetzlichen Impfung, gegenüber stellt, so gewinnt man die Ueberzeugung, daß eine wohlthätige Einrichtung nur durch positive Einwirkung zur Gleichförmigkeit und Allgemeinheit gebracht werden könne. Schon im ersten Jahre der gesetzlich vollzogenen Schutzpockenimpfung sind in sämtlichen Kreisen des Königreichs 111611 Individuen, und zwar mit Erfolge 100139, dann ohne Erfolg und zur fernern Impfung geeignet 11472 Pockenfähige geimpft worden ¹⁾.

Eine Zusammenstellung der seit zwei Decennien im Regenkreise gesetzlich vorgenommenen Impfungen, so hin vom J. 1807 $\frac{7}{8}$ bis incl. 1826 $\frac{26}{27}$, gab zum Resultate, daß in Folge der gesetzlichen Anordnung 216816 Pockenfähige, und hierunter mit Erfolge 195674, dann mit gesetzlicher Befreiung nach dreimaliger Impfung ohne Erfolg 4982 Individuen sich der Impfung unterzogen haben ²⁾. Und da im nämlichen Zeitraume von 20 Jahren an den, mit natürlichen Blattern befallenen Personen nicht mehr, denn 599, wovon bei weitem der größte Theil in die ersten Jahre der gesetzlichen Impfung fällt, gestorben sind: so dürfte sich die Menschheit schon dadurch zu jenem großen Danke aufgefordert fühlen, welchen dieselbe der Entdeckung Jenners schuldig ist; denn gehen wir nur in den Zeitraum vom Jahre 1807 bis zum Jahre 1803 zurück: so weisen die gesammelten Listen schon 3244 an natürlichen Blattern Verstorbene nach ³⁾.

1) Jahrb. des Sanitätswesens im Königr. Bayern von Dr. S. v. Häberl und Dr. M. Jakobi. Landshut 1810. Bd. I. H. 1. Tabelle I.

2) K. b. Intelligenzbl. f. d. Regenkreis. 1829. St. 2. S. 37.

3) K. b. Intelligenzbl. f. d. Regenkreis. 1815. St. 29. S. 461.

2) Für die öffentliche Krankenpflege der Residenzstadt, jedoch auch zur successiven analogen Anwendung in jeder Hauptstadt des Reichs wurden mittelst Verordnung vom 7. März 1808 ¹⁾ allgemeine Bestimmungen erlassen. Sie bezeichneten das Competenzverhältniß des Central-Medizinal-Bureau zum Unterschiede von jenem der General-Administration des Stiftungsvermögens, und legten in die Competenz des erstern die Einrichtung der Kranken-Institute in Beziehung auf ihren Zweck sammt Regulirung der Exigenz des Aufwandes für jedes der Institute, und dem Regulative über die Aufnahme, während die Repartition des gesammten Fundirungsvermögens auf diese Institute der Competenz der General-Administration des Stiftungsvermögens zugetheilt geblieben. Die Institute selbst zerfielen in ein Haus der heilbaren männlichen und in ein Haus der heilbaren weiblichen Kranken, dann in ein Gebär-, Findel- und Irrenhaus.

Schade, daß die Staatsregierung eine gleiche Anwendung dieser Bestimmungen nach ihren Hauptzügen in den übrigen Hauptstädten des Reichs nicht in Vollzug setzen ließ.

3) Im Jahre 1808 begann der Bau des allgemeinen Krankenhauses in München. Wie dasselbe in seiner Vollendung dasteht, ist von unserm verdienstvollen Veteran, Hrn. Medi-

1) K. b. Rgsblt. 1808. St. 13. S. 645.

zinalrathe Dr. Fr. Xav. v. Häberl, welcher durch vieljährige Bemühungen und Vorarbeiten an der Ausführung desselben thätigsten Antheil genommen, in seinem klassischen Werke über öffentliche Armen- und Krankenpflege umständlich beschrieben ¹⁾. Es läßt sich erwarten, daß die Einrichtung eben so musterhaft ist, als das Gebäude selbst durch Großartigkeit sich auszeichnet, und zu den ersten Zierden der Residenzstadt gehört.

Anmerkung. Schon im Jahre 1801 ist in Folge eines Allerh. Rescr. vom 17. Juli desselben Jahres in der Vorstadt Giesing mit dem Bau und der Herstellung eines Hauses für Wahnsinnige angefangen, und das daselbst bestandene Hofkrankenhaus zu diesem wohlthätigen Zwecke bestimmt worden. Zur Bestreitung der hierauf erlaufenen Kosten wurde einstweilen ein Geldvorschuss aus der Staatskasse angewiesen, und dabei verordnet, daß derselbe mittelst Konkurrenz auf ein Jahr von sämtlichen Armen- und Krankenstiftungen der herobern Staaten Bayerns, und zwar durch einen Beitrag von zwei Kreuzer vom Gulden der jährlichen wahren Gefälleinnahmen einer jeden Stiftung wieder ersetzt werden solle ²⁾. Noch wird dieses Institut in seiner Vollendung zu obigem Zwecke benützt. Entspricht es aber gleichwohl den Anforderungen einer zweckmäßigen Anstalt für Irren nur zur Noth: so drückte es bei seinem Entstehen doch das Allerhöchste Wohlwollen für die leidende Menschheit aus, und war damals als

1) Abhandl. über öffentliche Armen- und Krankenpflege. München 1813.

2) Churpfalz. Rgs.- und Intelligenzbl. 1801. St. 33. S. 512.

günstige Vorbedeutung für künftig ernstlicheres Wirken im Gebiete der öffentlichen Medizinalpflege anzusehen.

4) Noch hatte die Medizinalverwaltung keine gesetzliche Grundlage für die Medizinal Einrichtung und die Art und Weise, wie ihr Wirken ins Leben zu treten habe. Im Jahre 1808 unterm 8. September erschien zu dem Ende das organische Edikt über das Medizinalwesen im Königreiche ¹⁾. Es sind darin die Normen für die mit der Ausübung medizinischer Wissenschaften aus allen Fächern sich befassenden Individuen im Gegensatze zu den Nichtbefähigten und Unbefugten, so wie in Beziehung auf die nöthigen Instruktionen, eine Landes-Pharmakopöe, und die erforderliche Taxordnung, um hienach den Gesetzen zu genügen; dann die Verhältnisse der Stadt- und Landgerichtsärzte rücksichtlich ihrer Competenz sowohl, als deren Pflichten, Obliegenheiten und Rechte; endlich die Bestimmungen der Kreis-Medizinalräthe, der Medizinal-Comitéen und des Central-Medizinal-Bureau festgesetzt. Der Wirkungskreis des letztern ist in einer besondern Verordnung vom 8. September 1808 näher und speziell bestimmt worden ²⁾.

1) K. b. Rgsbltt. 1808. St. 56. S. 2189.

2) Jahrb. des Sanitätswesens im Königr. Bayern. 1810. Bd. I. H. 1. S. 45.

Noch ist das organische Edikt das Grundgesetz unserer Medizinalverfassung, wenn gleichwohl inzwischen die Reorganisationen der Staatsverwaltung einige Veränderungen herbeiführten, und Medizinal-Institute, die dort als bleibend bezeichnet worden, eine andere Umgestaltung gewannen.

5) Mitteltst Verordnung vom 8. December 1808 ¹⁾ sind die Medizinal-Comitéen definitiv organisirt, und über deren Einrichtung und Geschäftsgang bestimmte Normen gegeben worden. Zu ihrem Geschäftskreis wurden ausschließlich die Prüfungen der Aerzte und Apotheker, dann die Bearbeitung medizinisch-gerichtlicher Fälle, und zwar in Beziehung auf letztere, mit der Bestimmung gezogen, daß nur die bei den Appellationsgerichten anhängigen gerichtlichen oder peinlichen Fälle, über welche eine medizinisch-wissenschaftliche Entscheidung nothwendig ist, an die Medizinal-Comitéen gebracht werden können. Hinsichtlich der Prüfungen der Aerzte wurde die Art und Weise, wie sie abzuhalten seyen, bestimmt, und dabei festgesetzt, daß sie a) in einer *Proberelation*, wodurch der Arzt nach zurückgelegten akademischen Studien, erhaltenen Würden und darauf gefolgter zweijähriger praktischen Befähigung un-

1) Königl. b. Rgsbltt. 1808. St. 72. S. 2889.

ter der Leitung eines ältern Arztes seine Tüchtigkeit zur freien praktischen Ausübung; und b) in einer *Conkursprüfung*, wodurch derselbe seine Vorzüglichkeit vor Andern zum Eintritte in den Staatsdienst beurkundet, zu bestehen haben. Erstere (die Proberelation) zerfalle in einen schriftlichen, praktischen und mündlichen Theil; letztere dagegen (die *Conkursprüfung*) solle nur schriftlich vorgenommen werden, wobei nicht mehr als fünf Fragen, und zwar aus der praktischen Medizin, aus der Chirurgie, aus der Geburtshülfe, aus der Veterinärwissenschaft, und aus der gerichtlichen Arzneikunde zur Beantwortung vorzulegen seyen. Die Vornahme der Prüfungen der Apotheker wurde darin auf gleiche Weise regulirt, und zu dem Ende eine dreifache Prüfung in einer schriftlichen, praktischen und mündlichen bestehend, — mit der Bestimmung angeordnet, daß ohne bestandener Prüfung und erlangter Approbation kein Apotheker weder als Eigenthümer, noch als Pächter, noch als Provisor einer Apotheke vorstehen könne.

Anmerk. In Folge einer nachträglichen Verordnung vom 1. März 1815 ¹⁾ können die in gerichtlichen und peinlichen Untersuchungen vorkommenden Fälle bei Verschiedenheit oder Insuffizienz der Urtheile der beigezogenen Kunstverständigen von den betreffenden Rich-

1) Königl. b. Rgsbltt. 1815. St. 11. S. 202.

tern auch unmittelbar an die Medizinal - Comiteen zur wissenschaftlichen Entscheidung, um die Akten sodann zum Schlusse reif bearbeiten zu können, gebracht werden. —

Dafs bei Besetzung der Landgerichts - Physikate Keiner zum Conkurs oder zur Prüfung zugelassen und angenommen werden soll, der nicht seine Studien auf der vaterländischen hohen Schule gepflogen und vollendet, und dortselbst auch den akademischen Grad erlangt hat, ist schon 1804 mittelst Höchster Entschliessung vom 30. October ¹⁾ angeordnet worden. — Durch eine weitere Verordnung vom 13. September 1806 ²⁾ wurde nebstbei ein alljährlicher Conkurs für diejenigen Aerzte, welche zu Land- und Stadtgerichtsphysikaten adspiriren, eingeführt, und zugleich bestimmt, dafs nach der bisherigen Verfahrensart keinem Arzte im Lande die freie Ausübung gestattet werde, welcher nicht seine Vorbereitungsstudien nachgewiesen, den dreijährigen akademischen Kurs auf der inländischen Universität vollendet, den akademischen Grad erlangt, und nach dem Biennium practicum seine theoretische und praktische Prüfung bestanden habe.

6. Die Prüfungen der medizinischen Kandidaten und ihre Promotionen wurden im Sinne des organischen Ediktes über das Medizinalwesen Titl. 1. §. 2. mittelst besonderer Verordnung vom 3. December 1808 ³⁾ näher geordnet, und für die Semestral- und Endprüfungen, dann für die Promotionen be-

1) Churpfalz. b. Rgsblatt 1804. St. 45. S. 937.

2) Königl. b. Rgsbltt. 1806. St. 41. S. 364.

3) K. b. Rgsbltt. 1808. St. 72. S. 2909.

stimmte Normen gegeben. Jeder inländische Kandidat hat diesemnach am Ende eines jeden Semesters eine Prüfung aus den für ihn vorgeschriebenen Gegenständen bei den einschlägigen Professoren zu bestehen, und ein ordentlich gefertigtes Zeugniß darüber zu empfangen. Die Endeprüfungen sollen eine solche Einrichtung erhalten, daß die medizinischen Professoren sowohl als jeder andere competente Richter die Fähigkeiten der Kandidaten und ihre Kenntnisse und Fertigkeiten beurtheilen und sich überzeugen können, daß die Ertheilung der medizinischen Doktorwürde nur denjenigen zu Theil werde, welche genau allen Vorschriften entsprochen haben. Daher solle auch künftig die Verleihung eines sogenannten Ehrentitels eines Doktors der Arzneiwissenschaft nicht mehr stattfinden; jede Endeprüfung dagegen in einer schriftlichen Beantwortung vorgelegter Fragen — in Behandlung eines Kranken in den klinischen Instituten, und im Falle der Verbindung der chirurgischen Doktorwürde in Vornahme einer chirurgischen Operation an dem Leichname und Anlegung eines wichtigen Verbandes — in einer öffentlichen mündlichen Prüfung durch drei Stunden in dem akademischen Saale — in der Ausarbeitung einer druckwürdigen Dissertation — und in der öffentlichen Vertheidigung medizinischer Sätze bestehen. Die Promotion selbst solle ein öffentlicher

und mit den passenden Feierlichkeiten begleiteter Akt der gesammten Universität, vorzüglich aber der medizinischen Section seyn, und dem Kandidaten über die Erhebung zur Würde eines graduirten Doktors ein authorisirtes und beglaubigtes Certificat — Diplom in forma patienti — ertheilt werden. Um jedoch bei vorkommenden Anlässen sich jedesmal geeignet ausweisen zu können, da das Diplom nur die Promotion zum Doktor im allgemeinen beurkundet, ist ihm nebstbei ein General-Attestat oder Absolutorium in vorgeschriebener Weise auszustellen.

Anmerk. Zur Zeit, als diese Verordnung erlassen worden, war mit der Doktorwürde noch die Auszeichnung von Siegelmäfsigkeit verbunden. Und da dieser Auszeichnung besondere Rechte anhängen: so hatte das Doktorat eine reelle Bedeutung. Nach unserer Verfassungsurkunde Titl. 5. §. 4. 5. kommt aber die Siegelmäfsigkeit nur mehr dem Adel, den wirklichen Kollegialräthen, und den mit diesen in gleicher Kategorie stehenden höhern Beamten zu. — Möchte daher den Aerzten die Siegelmäfsigkeit wieder zu Theil werden, oder die Erlangung der Doktorwürde nicht mehr länger als *conditio, sine qua non* zur medizinischen Praxis fortbestehen, weil dieselbe auferdem aller Praerogativen, wie sie in den Anmerk. ad Cod. bar. civ. Th. 5. cap. 23. §. 12. enthalten sind, beraubt, zu nichts weiter dient, als den Professoren an den Hochschulen ihre Honorärs zu sichern.

7. Im nämlichen Jahre 1808 ist eine eigene Schule zur Bildung für Landärzte, welche

an die Stelle der bisherigen Landwundärzte und chirurgischen Bader, deren sonst bestandene Unterrichtsanstalt schon früher aufgehoben worden, gelangen, und die an ihrer Seite bloß noch einfache Barbier ausschließlich für das Barbiergeschäft und den Krankenwärterdienst haben sollen, errichtet, und in der Verordnung vom 29. Juni 1808 ¹⁾ die gesetzliche Norme zur Ausführung gegeben worden, wobei insonderheit festgesetzt wurde, daß alle diejenigen, welche in Zukunft Landärzte werden wollen, ihre Studien vor ihrem Eintritte in die Schule auf den Gymnasien und Lyceen absolvirt haben müssen. Nur ausnahmsweise durften auch Chirurgen erster Klasse, und eben so die Fähigsten unter den bisherigen chirurgischen Kandidaten eintreten. Nach einer weiteren Verordnung vom 4. Dec. 1808 ²⁾ wurden die Kreise in bestimmte Bezirke für die Landärzte eingetheilt, wobei zugleich angeordnet worden, daß jeder derselben nach und nach mit einem Landarzte versehen werden solle.

Anmerk. Die früher bestandene Unterrichtsanstalt war das chirurgisch-militärische Institut, von welchem die bürgerlichen Kandidaten der Chirurgie nicht nur nicht ausgeschlossen gewesen, sondern vielmehr zur Unterrichtsnahme in demselben förmlich angewiesen waren.

1) K. bayer. Regierungsbl. 1808. St. 40. S. 1701.

2) K. bayer. Regierungsbl. 1808. St. 72. S. 2921.

Siehe: Lehrplan für das chirurgisch-militärische Institut vom 30. April 1802 im churpfalz. Rgsbl. 1802. St. 20. S. 365.

Die Landwundärzte und Bader standen in frühern Zeiten in einem Zunftverbande. Mittelst Verordnung vom 4. März 1804, im Regierungsblatte 1804. St. 12. S. 278, fand aber allgemeine Abstellung der bestandenen Incorporationen der Bader und Wundärzte statt, so daß Keinem derselben irgend ein Zunft- oder Incorporationszwang mehr aufgebürdet werden durfte. Dabei wurden sämtliche Civilwundärzte inner die Schranken bloßer chirurgischer Praxis zurückgewiesen. Aber auch die Staats-, Regiments- und sonstigen Militär-Chirurgen ohne Unterschied sind vermög Allerhöchsten Rescr. vom 17. März 1804, im Rgsbl. 1804. St. 14. S. 325, lediglich auf die freie und ungehinderte Praxis im chirurgischen Fache beschränkt worden. —

Ueber die Civilpraxis der Militärärzte sind mittelst Allerh. Rescr. vom 11. September 1826 und 6. October 1827 (S. K. b. Intelligenzbl. f. den Regenkreis 1826. St. 39. S. 1257, und 1827. St. 44. S. 1693), im Einklange mit dem Edikte über das Medizinalwesen vom 8. September 1808 nähere Bestimmungen erlassen worden, wonach

a) die unbeschränkte ärztliche Praxis jenen Militärärzten bewilligt bleibt, welche den Doktorgrad schon vor dem Medizinal-Edikte im Jahre 1808 erworben haben.

b) Die Militärärzte, welche schon vor erwähntem Edikte Bataillons- oder Regiments-Chirurgen waren, aber den Doktorgrad nicht erlangt hatten, haben in Hinsicht auf medizinische und chirurgische Praxis alle Befugnisse der ehemaligen Chirurgen erster Klasse, der Landärzte und gegenwärtig approbirten Chirurgen

mit Ausnahme der Geburtshülfe, wenn sie sich nicht über erlangte Befähigung in derselben besonders ausweisen.

c) Von den Militärärzten, welche erst nach Erscheinung des Ediktes vom Jahre 1808 in dieser Eigenschaft angestellt wurden, seye es als Regiments- oder Bataillons - Aerzte, oder als sogenannte Praktikanten, werden alle in dem Edikte für Aerzte, oder später für Landärzte und Chirurgen aufgestellte Bedingungen gefordert.

8. Im Jahre 1809 hatte die das Jahr früher stattgehabte Aufhebung der Provinzen und Eintheilung des ganzen Königreichs in möglichst gleiche Kreise auch eine neue Organisation der Physikate im Sinne des organischen Edictes über das Medizinalwesen zur Folge. Es ward hiebei, gemäß Verordnung vom 6. Oktober 1809 ¹⁾ festgesetzt, daß die Stadt- und Landgerichtsbezirke mit den in ihren Gränzen gelegenen und ihrer Respizienz untergebenen mediatisirten Distrikten, Patri- monial- und Herrschaftsgerichten, zugleich die Territorialgränzen für den öffentlichen Geschäftskreis der Gerichtsärzte seyen. In Beziehung auf das Dienstesverhältniß derselben und den medizinischen Geschäftsgang bei den äußern Gerichtsbehörden überhaupt wurde die gesetzliche Bestimmung gegeben, daß die Gerichtsärzte zunächst den Kreiskommissariaten untergeordnet, den Untergerichten und

1) K. b. Rgsbl. 1809. St. 80. S. 1817.

Polizeistellen aber auf eine solche Weise coordinirt seyen, daß sie sich zur gemeinschaftlichen Verhandlung der einschlägigen Gegenstände gegenseitig requiriren können, die Correspondenzform zwischen Coordinirten — der k. Stadt- oder Landgerichtsarzt zu etc. — auch ihnen zur Norme gelte, und die Correspondenz in Dienstgeschäften mittelst Kommunikate zu geschehen habe. Und so wie die Stellen der Gerichtsärzte durchaus nur beratend und nicht exequierend seyen: so haben diese alle Verfügungen, welche die Ausübung ihres Amtes nothwendig macht, durch die betreffenden Untergerichte oder Polizeistellen geeignet zu veranlassen.

Anmerk. Daß in allen Städten, wo sich besondere Polizeidirektionen befinden, auch ein besonderer Stadtphysikus bestehen solle, welcher in der Person des Landgerichtsarztes nicht vereinigt seyn dürfe, ist schon in einer Allerh. Verordnung vom 24. April 1806, im k. b. Rgsbl. 1806. St. 20. S. 165, mit gleichzeitiger Bestimmung des Geschäftskreises und einer Besoldung von 300 fl. aus den Stiftungs- und Kommunalmitteln ausgesprochen worden.

9. Schon unterm 28. Oktober 1803 wurde durch eine höchst landesherrliche Verordnung die Organisation der Landgerichtsphysikate betreffend, festgesetzt, daß der Lebensunterhalt der Landgerichtsärzte nicht mehr, wie bisher, dem bloßen Zufalle des Erwerbes, oder einer zum Theil ungleich vertheilten Besoldungs-

gnade Preis gegeben, sondern allen Gerichtsärzten ein Theil ihrer Competenz in einem durchaus gleichheitlichen Solde verschafft werden solle. Es wurde sonach aus dem, durch die Renten der aufgehobenen Stifter und Klöster zu der allgemeinen Staatsanstalt der Physikats.-Organisation in den Stand gesetzten Staatsaerarium für jeden Landgerichtsarzt eine jährliche Besoldung von 600 fl. ausgesprochen und der Fortbezug aus Gemeindemitteln nebstbei bewilliget. Damit aber auch die künftigen Wittwen und Kinder an der Wohlthat dieser Staatseinrichtung Theil nehmen konnten: so wurde nebenbei die allerhöchste Zusicherung gegeben, daß dieselben nach allen Bestimmungen und Modificationen des Pensions-Regulatives die Hälfte dessen beziehen sollen, was dort den Wittwen und Kindern der Rentbeamten ausgesetzt seye ¹⁾. — Diese Verordnung war zuerst für die Provinz Bayern gültig, wurde aber bald durch Allerh. Entschliessung vom 25. November 1803 ²⁾ auf alle Provinzen Bayerns ausgedehnt.

Anmerk. Das in Frage stehende Pensions-Regulative vom 14. Juni 1803, im churbayer. Rgsbltt. 1803. St. 25. S. 386 und 387, sicherte den Rentbeamten-Wittwen zur Pension 300 fl. und jedem Kinde nach Absterben des Vaters bis zur Erreichung des 21. Jahres 50 fl., dem doppelt verwaisten aber 75 zu.

1) Churpfalz. Rgsblatt. 1803. St. 45. S. 912.

2) Churf. oberpf. Wochenblatt, 1803. St. 49 et 50. S. 913 u. 917.

10. Die aus dem Staatsärar für die Landgerichtsärzte festgesetzte Besoldung von 600 fl. wurde bei der neuen Organisation der Physikate vermög Verordnung vom 6. Oktober 1809 bestätigt; für die Stadtgerichtsärzte dagegen, welche in Konformität der Verordnung vom 3. December 1808 über die Anordnung der neuen Stadtgerichte ebenfalls in drei Klassen getheilt wurden, sind neben der Bestimmung, daß den Stadtgerichtsärzten der ersten Klasse eine nach der Volkszahl und den Geschäften dieser Städte bemessene Anzahl von Assistenten zugegeben werde, drei Besoldungsgrade festgesetzt worden. Der Vollzug dieser Anordnung erfolgte im Jahre 1810 mittelst Verordnung vom 19. Juni ¹⁾, wonach den Stadtgerichtsärzten bei den Städten erster Klasse eine Geldbesoldung von 600 fl. — bei den Städten der zweiten Klasse zu 500 fl. — und bei den Städten der dritten Klasse zu 400 fl. bewilliget worden ist. So wie aber für die Wittwen und Waisen der Landgerichtsärzte die Anordnung vom 28. Oktober 1803 durch die Verordnung vom 6. Oktob. 1809 Bestätigung erhielt, so fand dagegen für die Wittwen und Kinder der Stadtgerichtsärzte gemäfs alleg. Verordnung vom 19. Juni 1810 die Dienstespragmatik vom 1. Jänner 1805 ihre Anwendung. — Aber auch die Pensionirung der

1) Königl. b. Rgsbltt. 1810. St. 31. S. 525.

Wittwen der Landgerichtsärzte erlitt durch eine besondere Verordnung vom 7. August 1810 ¹⁾ dahin eine Abänderung, daß die Wittwen und Kinder jener Landgerichtsärzte, welche vor dem 1. Jän. 1805 angestellt worden, nach der Spezialnorme vom 28. Oktober 1803, die Wittwen und Kinder der Landgerichtsärzte dagegen, welche nach dem 1. Jänn. 1805 ihre Anstellung erhalten haben, nach der allgemeinen Dienstespragmatik pensionirt werden sollen.

Anmerk. Die allgemeine Dienstespragmatik vom 1. Jänner 1805 setzt für die Wittwe vom ständigen Gesamtgehalte des Gatten, wenn solcher in der Aktivität stirbt, außerdem und im Quiescenzstande von dem in Geld verbliebenen Standesgehalte einen Fünftheil zur Pension; dann für jedes Kind als einfachen Waisen einen Fünftheil, und als doppelten Waisen drei Zehenttheile der Wittwen-Pension als Unterhalts- und Erziehungsbeitrag fest. (Sieh churpfalzb. Rgsbltt. 1805. St. 7. S. 234). — Durch die Zurücknahme der Bewilligung vom 28. Oktober 1803 erleiden die Wittwen der Gerichtsärzte eine Pensionsverminderung von jährlich 30 fl. — Wahrlich! ein für dieselben höchst empfindlicher Verlust.

11. Dadurch, daß die Gerichtsärzte zu Staatsbeamten erhoben wurden, ist ihnen auch die Auszeichnung der übrigen Staatsdiener durch eine eigene Uniform mittelst Verord-

1) K. b. Rgsbltt. 1810. St. 38. S. 641.

nung vom 2. Juli 1807 ¹⁾), was auch durch jene vom 6. Oktober 1809 bestätigt worden ist, zu Theil geworden. — Schon im Jahre 1804 wurde vermög Verordnung vom 6. November ²⁾ für die Landgerichtsärzte gleichheitlich eine eigene Uniform bestimmt. Sie bestand damals in einem Frack von hechtgrauem Tuche, und mit Aufschlägen und Kragen von schwarzem Manchester. Nunmehr ist's ein Kleid von dunkelblauem Tuche mit Stickerei in Silber auf Kragen und Aufschlägen.

12. Bei Einführung eines gleichen Maß-, Gewicht- und Münzfusses im Königreiche wurde mittelst Verordnung vom 28. Februar 1809 ³⁾ das Nürnberger Medizinalgewicht als das allein geltende in allen Apotheken erklärt. Im Jahre 1811 ist jedoch dasselbe einer nähern Prüfung unterstellt, und mittelst Verordnung vom 30. Jän. 1811 ⁴⁾ ein eigenes und ganz neues Apothekergewicht eingeführt worden, wovon die Unze im Vergleiche zum französischen Gewichtsfusse genau dreißig Grammes enthalten solle.

13. Da die Viehzucht einen der wichtigsten Zweige des Nationalwohlstandes ausmacht; so wurde in der Absicht, für das ganze

1) K. b. Rgsbltt. 1807. St. 29. S. 1113.

2) Churpfalzb. Rgsblatt 1804. St. 46. S. 957.

3) K. b. Rgsbl. 1809. St. 20. S. 475.

4) Königl. b. Rgsbltt. 1811. St. 10. S. 194.

Königreich taugliche Thierärzte zu bilden, bessere Beschlag- und Kurschmiede heranzuziehen, und den wissenschaftlichen Aerzten Gelegenheit zu verschaffen, sich auch im Gebiete des Veterinärwesens die erforderlichen Kenntnisse zu erwerben, um dereinst als Gerichtsärzte auch diesen Theil der Medizinalpolizei entsprechend leiten zu können, der seit dem Jahre 1790 schon bestandenen Thierarzneischule mittelst Verordnung vom 1. Februar 1810 ¹⁾ eine zweckmässigere Einrichtung und größere Ausdehnung gegeben, und dieselbe nunmehr zur Central-Veterinärschule erhoben. Eine Instruktion für die Thierärzte und Kurschmiede wurde zugleich angefügt und dabei angeordnet, daß für jeden Gerichtsbezirk ein eigener Thierarzt aufzustellen seye, und daß jeder Schmied, welcher das Recht des Hufbeschlages als Meister ausüben, oder einer Beschlagschmiede vorstehen will, hiezu ohne Ausnahme von der Central-Veterinärschule ein Approbationszeugniß erhalten, und dieserwegen ehevor den vorgeschriebenen Unterricht auf derselben nehmen müsse.

14. Die Rindviehpest, welche im Jahre 1813 auch Bayern bedrohend wurde, gab zunächst Anlaß, daß zur Verhütung und Beschränkung derselben unterm 22. December

¹⁾ K. b. Rgsbltt. 1810. St. 8. S. 113.

1813 ¹⁾ eine umfassende Verordnung erlassen, und mit einer besondern Instruktion versehen worden ist. Sie enthält zunächst allgemeine Anordnungen gegen die Verbreitung der Rindviehpest von den benachbarten Staaten mit Rücksicht auf den unvermeidlichen Zug der Schlachtochsen durch Bayern, dann Anordnungen zur Unterdrückung und Beschränkung der Rindviehpest unter dem inländischen Hornviehe; endlich vorläufige Bestimmungen in Hinsicht der auf Beschränkung und Unterdrückung der Rindviehpest sich ergebenden Kosten.

15. Eben so wurden im nemlichen Jahre mittelst Rescript vom 23. März 1813 zur Sicherung der Einwohner vom kontagiösen Nervenfieber allgemeine Vorsichtsmafsregeln gegeben und in Vollzug gesetzt.

16. Das Hebammenwesen blieb nach Aufhebung der früheren Hebammenschulen, wie sie in den einzelnen Provinzen Bayerns bestanden, mehrere Jahre verwaist, bis endlich im Jahre 1816 mittelst Verordnung vom 7. Jänner dasselbe sich einer allgemeinen neuen Einrichtung zu erfreuen hatte. Jeder Gerichtsbezirk wurde hienach in bestimmte Hebammen-distrikte eingetheilt, deren jeder eine Volkszahl von beiläufig 900 Seelen enthalten solle, und mit einer eigenen Hebamme zu verse-

1) Königl. b. Rgsbltt. 1813. St. 69. S. 1609.

hen seye. Für die Auswahl der Zöglinge und die Abordnung in die Hebammenschulen wurden genaue Vorschriften gegeben, für zweckmäßige Einrichtung der Schulen gesorgt, und mit gleichzeitiger Bestimmung der pekuniären Mittel zur Unterstützung während der Unterrichtsnahme und zur Beischaffung der erforderlichen Requisiten, dann der Emolumente für die aufgestellten Hebammen zur Sicherung ihrer Subsistenz, für den Hebammendienst selbst eine besondere Instruktion ertheilt. Für Aufbringung der Unterstützungsbeiträge wurden die Gemeinden nebstbei für verbindlich erklärt, daher auch das Gesetz über die Umlagen für Gemeindebedürfnisse vom 22. Juli 1819 ¹⁾ die Unterrichtskosten der Schülerinnen sowohl, als die Sustentationsbeiträge für die aufgestellten Hebammen zu jenen Zwecken zählt, für welche Umlagen zu erheben seyen, und dieselben in die Kategorie von Distriktsumlagen aufnimmt.

Anmerk. Früher waren sowohl die Landwundärzte, als Bader und Hebammen zu dem aus dem Feudal-Verbande hervorgehenden Handscharwerke verbunden. Durch eine Allerh. Verordnung vom 16. Oktober 1802 wurde aber die Befreiung hievon allgemein ausgesprochen. — S. Churpfalzb. Regsbltt. 1802. St. 45. S. 777.

17. Noch verdient, des höchsten Dankes werth, einer besondern Erwähnung die Er-

1) Gesetzblatt für das Königr. Bayern 1819. S. 86 et 92.

richtung von Staatsstipendien für medizinische Kandidaten zu Reisen in's Ausland, um die dortigen Medizinal-Anstalten zu ihrer praktischen Ausbildung benützen zu können. Nach den General-Finanzrechnungen, wie sie von der Staatsregierung der Ständeversammlung vorgelegt worden, steht für diesen Zweck eine Summe von jährlich 4000 fl. in den Etats aufgenommen. Viele junge Aerzte Bayerns, die sich auf unsern Hochschulen durch Fleiß und Kenntnisse ausgezeichnet haben, durften sich des Genusses von erlangten Stipendien zu obigem Behufe erfreuen. Dieser wohlthätigen Vermittlung haben wir auch eben so bewährte Kliniker, als bereits in verdientem Ruf stehende Operateurs zu verdanken.

Während sonach das Medizinalwesen in seinen verschiedenen Zweigen nach den im Medizinal-Edikte bezeichneten Grundzügen erheblichen Verbesserungen entgegenging, wurde der Medizinalsektion durch die Reorganisation im Jahre 1817 ihr Todesurtheil gesprochen, und ein Obermedizinal-Collegium trat an ihre Stelle. Bei weitem weniger erfreulich sind aber die Resultate, die diese Periode in Beziehung auf das Medizinalwesen darbietet. Da die Wissenschaft im Staatsministerium sich nicht mehr selbst zu vertreten hatte, indem das Collegium medicum bloß gutachtend

sich regen durfte: so war ein Zustand von Apathie die nothwendige Folge. Und wenn gleichwohl bei den Kreisregierungen in der Stellung der Medizinalräthe keine Aenderung vorging: so erlitt das Medizinalwesen doch dadurch eine Verkümmderung, daß die Respi- zienz desselben an dem nunmehr eingeführ- ten Collegialgeschäftsgange Theil zu nehmen hatte, und sonach auch Nichtärzte im Medi- zinalwesen, ohne Unterschied der Gegenstän- de s. a., abstimmen durften, während den Me- dizinalräthen selbst in Dingen, die ihren Kennt- nissen und Erfahrungen am nächsten lagen, keine Mitstimmung zustand. Wer hat z. B. mehr Gelegenheit, das Armenwesen kennen zu lernen, als eben der Arzt. Aber auch dar- in kam den Medizinalräthen kein Recht zu, ihre Meinung äußern zu dürfen, obgleich es von der andern Seite mit dem gesetzlichen Geschäftsgange bei den äußern Behörden im Widerspruche gestanden, indem bei den Ar- menpflegschaften die Physikatsärzte nach der allgemeinen Armenverordnung vom 17. No- vember 1816 ¹⁾ wirkliche Mitglieder derselben mit Sitz und Stimme gewesen, und es noch sind.

Was nun das Medizinalwesen dieser Pe- riode zu verdanken hat, ist allererst:

a) Die Pharmacopoea bavarica, welche

¹⁾ Königl. b. Rgsbltt. 1816. St. 41. S. 779.

im Jahre 1822 zur Publicität gekommen, und allgemein eingeführt worden ist. Die Vorarbeiten fallen jedoch noch in die Periode der Medizinalsektion. — Im Jahre 1825 folgte hierzu eine *taxa pharmaceutica bavarica*. Der *Elenchus medicamentorum* sammt Taxe, welcher für die Wohlthätigkeits-Anstalten des Königreichs im Jahre 1820 der *Pharmacopoea* vorherging, wurde mit dem Erscheinen derselben wieder für derogirt erklärt, und die Apotheker verbindlich gemacht, sich ein Drittel Abzug an den nach der neuen Taxe angefertigten Rechnungen bei den Instituten der Wohlthätigkeit, dann den Straf- und Arbeitshäusern etc. gefallen zu lassen.

b) Da im Jahre 1822 in mehreren Bezirken des Königreichs unter den Hausthieren die Milzseuche ausgebrochen, und in einigen Gerichtsbezirken ausgebreiteter zu werden drohte; so wurde vom kön. Obermedizinal-Kollegium eine charakteristische Beschreibung derselben verfaßt, und mit gleichzeitiger Bestimmung der nothwendigen Polizei-Anstalten gegen Seuchen im Allgemeinen und gegen die Milzseuche insbesondere, die, ob sie gleich keine durch Ansteckung erzeugte Krankheit seye, und somit nie von Aussen komme, doch die Unterlassung alles Handels mit Fleisch und rohen Häuten aus jenen Gegenden, in welchen der Milzbrand herrsche, hauptsächlich wegen der Gefahr für Menschen noth-

wendig mache; dann mit einem Anhange über die Obliegenheiten, welche von den aufgestellten Thierärzten zu erfüllen sind, mittelst Allerh. Rescr. vom 6. Juli 1822 ¹⁾ zur genauesten Befolgung als gesetzliche Norme vorgeschrieben.

Anmerk. Dafs schon früher und zur Zeit, als an Menschen oder auch unter den Hausthieren allgemeine Krankheiten ausbrachen, Provinzial- und später Gen. Kommissariats-Verfügungen getroffen worden, bedarf kaum einer Erinnerung. So im Jahre 1800 wegen des ansteckenden Nervenfiebers, das in Folge des Krieges nicht blos in Militärspitälern wüthete, sondern sich auch auf die in ihrer häuslichen Ruhe aufgestörten Bewohner der Städte und des platten Landes verbreitete. Im Jahre 1804 ist uns zwar das in Spanien und Italien ausgebrochene Fieber nicht unmittelbar gefährlich gewesen; demungeachtet sind in Vereinigung mit den benachbarten Regierungen allgemeine Mafsregeln, um dasselbe von unsern Grenzen abzuhalten, angeordnet worden. Die im Jahre 1809 in Deutschland neu aufgeloderte Kriegsflamme hatte zwar keine allgemein herrschende Menschenseuche zur Folge; dagegen drohte von den österreichischen Staaten im Jahre 1810 unserm Hornviehe die Rindviehseuche, und veranlafste dieserwegen auf Allerhöchste Anordnung besondere Kreisverfügungen.

c) Das Institut der Landärzte mifsfiel schon beim Beginn, weil sich mit der Halbwisserei Niemand befreunden konnte, und die Bela-

¹⁾ K. b. Intelligenzbl. f. d. Regenkreis. 1822. Extrabeilage zum St. 30.

stung von Stipendien und Sustentationen den Gemeinden schwer fiel. Auch die Trennung des Barbiergeschäftes von den Bestimmungen der Landärzte fand manche, nicht vorhergesehene Schwierigkeiten. Dieserwegen wurde die Schule für Landärzte nach dem Antrage des königl. Obermedizinal-Kollegiums mittelst Verordnung vom 25. Jänner 1823 ¹⁾ in eine Anstalt zur Bildung von Chirurgen umgewandelt, wobei die den Landärzten zugesicherten Sustentationen von jährlich 60 fl. aus Gemeindemitteln für die Chirurgen cessirten, und zur Erleichterung der Subsistenz das Barbiergeschäft denselben wieder zugetheilt wurde.

d) Zur Erläuterung der in der Verordnung vom 8. Dec. 1803, die Errichtung der Medizinal-Comitéen betr., §. 3. Lit. b., über die Lehr- und Servirjahre der Pharmaceuten enthaltenen Bestimmungen wurde mittelst Allerh. Rescr. vom 1. April 1823 ²⁾ festgesetzt, daß künftig entweder drei Lehr- und zwei Servirjahre, oder vier Lehr- und ein Servirjahr vor dem Zutritte zur Universität nachgewiesen werden müsse. Eben so sind

e) über die Aufnahme der Apothekerlehrlinge mittelst Verordnung vom 10. Juni 1824 die in dem Medizinal-Edikte vom 8. Septemb.

1) Rgs. - und Intelligenzbl. für das Königr. Bayern 1823. Nr. 6. S. 107.

2) K. b. Intelligenzbl. f. d. Regenkreis 1823. St. 17. S. 429.

1808 Tit. 1. §. 4. et Tit. 2. §. 11. Lit. n., dann in der Verordnung vom 8. Dec. §. 3. Lit. b. enthaltenen Vorschriften dahin erläutert worden, daß der Aufzunehmende das 14. Lebensjahr erreicht, und bei voller Gesundheit einschliesslich der erforderlichen körperlich- und geistigen Anlagen, auch die gehörige Vorbildung in der deutschen und lateinischen Sprache mit den übrigen Realkenntnissen, wie solche im Progymnasium gelehrt werden, sich zu eigen gemacht haben müsse, daher er hierüber vor dem Antritte der Lehre von dem betreffenden Gerichtsarzte noch in besondere Prüfung zu nehmen seye ¹⁾).

f) Durch einen Allerh. Beschlufs vom 1. Jänner 1824 ²⁾ wurde eine medizinisch-praktische Lehranstalt zu München gegründet, und mit der Akademie der Wissenschaften in eine entsprechende Verbindung gesetzt. Zum Besuche wurden vorzüglich Aerzte nach erlangter Doktorwürde zur Erstreckung des gesetzlich bestimmten Biennium practicum und mit der Verbindlichkeit des zweijährigen Besuchs zugelassen. Aber auch andere Kandidaten der Medizin hatten zu den einzelnen Kollegien Zutritt.

Durch eine spätere Allerh. Verordnung

1) Vid. K. b. Intelligenzbl. f. d. Regenkreis. 1824. St. 26. S. 693.

2) Rgs. - und Intelligenzbl. f. d. Königr. Bayern 1824. Nr. 13. S. 382.

vom 14. Okt 1824 ¹⁾ ist jedoch unter Hinweisung auf das organische Edikt über das Medizinalwesen vom 8. Sept. 1808, Titl. 1. §. 2, die Verbindlichkeit des zweijährigen Besuchs dahin abgeändert worden, daß in Zukunft jeder angehende Arzt von den zur Vorbildung bestimmten zwei Jahren wenigstens *ein* Jahr an der medizinisch - praktischen Lehranstalt sich zu üben habe, und daß von dieser Nachweisung die Zulassung zur letzten Prüfung, so wie die Approbation zur freien Praxis abhängig bleiben solle. — Als Merkmal besonderer landesfürstl. Huld und Gnade wurde der erwähnten Lehranstalt in der Folge und mittelst Rescr. vom 6. Okt. 1825 auch die Befugniß ertheilt, die daselbst sich bildenden Mediziner förmlich und feierlich zu Doctoren zu promoviren.

Anmerk. Mit der Versetzung der Ludw. Max. Universität von Landshut nach München im J. 1826 cessirte diese Lehranstalt wieder.

Dieses sind die Früchte der zweiten Periode, womit das Obermedizinal - Kollegium sein Daseyn bekundete. Heller fing mit dem Regierungsantritte unsers Allergnädigsten Kö-

1) Königl. bayer. Intelligenzbl. f. d. Regenkreis 1824. St. 45. S. 1170.

nigs Ludwig der Stern wieder zu glänzen an, der dem Medizinalwesen leuchtete. Ein Arzt wurde wieder ins Staatsministerium des Innern als Obermedizinalrath berufen, und die Medizin als Wissenschaft und Kunst durfte sich von neuem wieder selbst vertreten. Das Medizinalwesen bildet sonach im Staatsministerium wieder einen eigenen Geschäftszweig unter dem unmittelbarem Referate eines Arztes. In Gegenständen der allgemeinen Medizinalpolizei kann indess doch nach Gutbefinden die medizinische Fakultät einer der drei Landes-Universitäten oder die Medizinal-Comiteen zum Gutachten aufgefordert und mit Herstellung allenfalls nothwendiger Vorarbeiten beauftragt werden. Bei medizinisch-gerichtlichen Fällen, wo nach der, durch die Medizinal-Comiteen erfolgten Revision noch eine Superrevision verlangt werde, solle wieder das vor dem Jahre 1817 bestandene Verfahren eintreten ¹⁾).

Anmerk. Die Beurtheilung der medizinisch-gerichtlichen Fälle, welche vom Ober-Appellationsgerichte in letzter Instanz für nothwendig erachtet wurde, ressortirte in Folge der Verordn. vom 8. Sept. 1808, im Rgsbltt. 1808. St. 56. S. 2220, zur Medizinalsektion im Staatsministerium des Innern.

¹⁾ Rgs - und Intelligenzbl. f. d. Königr. Bayern 1825. St. 49. S. 929. Verordn. vom 27. Nov. die Auflösung des Obermedizinal-Collegiums betr.

Auch bei den Kreisregierungen blieb die neue Staatsverwaltungs - Reform nicht ohne erspriesslichen Erfolg. Die eigentlichen Sitzungsgegenstände wurden für den Collegial-Geschäftsgang näher ausgeschieden, und die übrigen der Bureaukratie unter Verantwortlichkeit des Vorstandes wieder zurückgegeben ¹⁾. Dadurch wurde das Medizinalwesen der Gebundenheit des Collegialgeschäftsganges wieder zu einem grossen Theile enthoben. Hatte die Staatsregierung früher gleichwohl nur die formrichtige Behandlung und den Einklang mit dem allgemeinen Geschäftsgang zur Absicht: so war doch die Möglichkeit gegeben, auch auf die Wesenheit überzugreifen. Und was das Formelle insbesondere angeht: so ist es dem Medizinal-Referenten eben so wenig schwer, dasselbe kennen zu lernen, als er es wohl auch kennen lernen muß, wenn er seinen Platz mit Würde ausfüllen will. Eben so erheischt es seine Bestimmung als Referent, daß er sich mit der Staatsverwaltung überhaupt, und mit der einschlägigen Gesetzgebung möglichst vertraut mache, um die Medizinalgegenstände nicht bloß nach den Medizinalverordnungen und dem speziellen Wissen als Arzt, sondern auch im Ein-

1) Rgs- und Intelligenzbl. f. d. Königr. Bayern 1825. St. 54. S. 1049. Verordn. vom 17. Dec. 1825 die Format. und den Wirkungskreis der obersten Verwaltungsstellen in den Kreisen betr.

klänge mit der übrigen Gesetzgebung und Staatseinrichtung beurtheilen zu können. Die Physikate blieben bei ihrer bisherigen Einrichtung.

Wie schon vorliegende kurze Uebersicht bewährt: so bietet das Medizinalwesen Bayerns unter dem Schutze zweier höchstweisen und aufgeklärten Regenten, *Maximilian Joseph* und *Ludwig*, einen höchst erfreulichen Zusand dar. Wer fühlt sich nicht vom wärmsten Danke hingerissen für das Wohlwollen, das hiebei jeden Höchstihrer Schritte leitete? dem ungeachtet dürfte die Frage zu stellen seyn, ob die Medizinal Einrichtung nunmehr so beschaffen sey, daß sie nichts weiter zu wünschen übrig lasse. — Die Beantwortung derselben gibt die Sache selbst, wenn man sie näher erwägt. Schon das organische Edikt über das Medizinalwesen, das die Grundzüge der Medizinal Einrichtung bezeichnet, weist auf Punkte hin, die bisher noch nicht berührt worden sind.

Was nun thut der Medizinal Einrichtung Bayerns noch Noth, um den Anforderungen eines wohl geordneten Medizinalwesens zu entsprechen?

In einer gutbestellten Medizinal Einrichtung ist der Humanität im ächt-christlichen Sinne das *schönste Denkmal* gesetzt, das je

einen civilisirten Staat zieren kann. In ihr reflectirt sich unverfälscht die Theilnahme und das Interesse des Staats an dem Gesundheitswohle seiner Staatsbürger. Wenn ich mir daher erlaube, über die Medizinal Einrichtung Bayerns meine Ansicht an Tag zu legen, und mich zugleich an die Lösung der Frage wage, was derselben bei dem schon als musterhaft Bestehenden noch abgängig seye: so ist es nicht eitle Anmaßung, die mich hiezu bestimmt, sondern der Wunsch, mich in meiner Geschäftssphäre meinen Mitmenschen nützlich zu machen, und den Anforderungen meines Berufes zu genügen. Wer nächst drei volle Decennien mit der Leitung des Medizinalwesens sich befaßt, und mehr denn zwei Decennien theils Militär-, theils Civilspitäler und zwar erstere in den Zeiten jener Stürme, die uns das Kriegsgewitter gebracht hatte, besorgte, hat wenigstens die Vermuthung für sich, daß er das Medizinalwesen nach seiner Tiefe und Breite kennen zu lernen, hinlänglich Gelegenheit hatte. Es seye mir sonach erlaubt, zur Lösung der Frage nach meinen erworbenen Erfahrungen selbst überzugehen.

1) Das Medizinalwesen Bayerns ist eines wohlgeordneten öffentlichen Krankenwesens vor allem bedürftig. Nur wenn dieses gut eingerichtet ist, kann ersteres als wohlbestellt erachtet werden. Das öffentliche Krankenwe-

sen ist die Grundlage der Medizinalpflege überhaupt, und der Prüfstein einer wohlgeordneten Medizinal Einrichtung im Staate. Ein gesicherter Rechtszustand muß jedem Staatsbürger schon an sich werden; wenn derselbe aber krank und arm ist, so hat er nach dem obersten Staatszwecke der gemeinschaftlichen Glückseligkeit ¹⁾ mit Recht die Aufmerksamkeit des Staates noch in besondern Anspruch zu nehmen. Der kranke Arme, will ihm geholfen werden, fordert, gleich dem Reichen, Hülfe von gediegenen Aerzten. Zweifach ist daher die Pflicht des Staates gegen die kranken armen Staatsglieder:

a) denselben eine entsprechende Pflege zu sichern, und

b) für Hülfe durch gediegene Aerzte Sorge zu tragen.

Wie läßt sich dieser zweifachen Forderung anders genügen, als durch ein wohlgeordnetes öffentliches Krankenwesen, welches dem kranken Armen prompte Aufnahme und sorgfältige Pflege zum Zwecke der Heilung gewährt, und damit zugleich, um den Staatsgliedern überhaupt fortschreitend eine gute Heilpflege zu sichern, den Zweck der Bildung junger Aerzte in Verbindung bringt?

An den Hochschulen erlangen die Tiro-

1) Vide J. H. G. v. Jussi über die Natur und das Wesen der Staaten. 1760. S. 254.

nen der Medizin zwar medizinische Bildung, an den Kranken-Anstalten aber erst ihre volle Ausbildung, um selbstständig an das Krankenbett gehen, und freithätig da wirken zu können. Zu dieser Ausbildung muß ihnen aber vom Staate Gelegenheit verschafft werden, was auch sehr leicht und vollkommen entsprechend, ohne geringsten Aufwand aus dem Staatsärar dadurch geschehen kann, daß bei den öffentlichen Krankenanstalten der Städte mit der Bestimmung der Aufnahme und der Heilung der kranken Armen auch die praktische Bildung junger Aerzte in Verbindung gebracht, und den Krankenanstalten selbst eine diesem zweifachen Zwecke entsprechende Einrichtung gegeben werde. Man ist irrig, wenn man es für genügend erachtet, den jungen Aerzten den Weg zu ihrer Ausbildung nur an *eine* öffentliche Krankenanstalt zu bahnen. Haben sie einmal an der hohen Schule und den Anstalten daselbst ihr Klinikum vollendet: so sollen sie auch an andern Anstalten sehen, wie die Aerzte die Natur behorchen und ihre Winke zum Heilzwecke benützen. Durch die Gelegenheit, sich in mehrere öffentliche Krankenanstalten vertheilen zu können, ist ihnen auch der Vortheil gegeben, ruhiger am Krankenbette beobachten zu können, ohne dem Kranken durch ein gedrängtes Umherstehen lästig zu fallen, und ohne demselben zu der Besorgniß Anlaß

zu geben, daß er den Tironen nur zum Experimente diene. Aerzte sind nicht unfehlbar, daher auch die klinischen Aerzte an den Hochschulen die Infallibilität nicht werden geltend machen wollen.

Nur selten widmen sich der Medizin vermögliche Staatsbürgerssöhne, und noch seltener oder wohl gar nie Söhne vom höhern Adel. Der Dienst am Krankenbette, die traurigen Eindrücke beständiger Leiden, und die Bereitschaft zu jeder Stunde bei Tag und Nacht, wofür der Arztlohn im Allgemeinen keinen großen Ersatz leistet, und doch mühsam, selbst mit Aufopferung von Gemüthsruhe erworben werden muß, ziehen beide nicht an. Sie wählen lieber einen Stand, womit einträglichere Pfründen mit minder beschwerlichen Berufspflichten verbunden sind. Wird daher obige Ansicht für zweckdienlich erachtet; so finden sich öfters Mittel, dem einen oder andern jungen Arzte eine Sustentation für seine Assistenz an der Krankenanstalt während seines Bienniums aus den Stiftungsfonds zu sichern, und ihm auch dadurch zu seiner Ausbildung verhilfflich seyn zu können. Nicht leicht in einem Staate Deutschlands bestehen ergiebigere Wohlthätigkeitsstiftungen als in Bayern. Den Armen nach Kräften Hülfe zu bringen, ist ihr erster Zweck. Nicht bloß durch Pflege und Obdach ist dieser erfüllbar, sondern auch durch gediegene ärztliche Hül-

fe, wo es Noth thut. Wollten die Stifter einmal diesen Zweck; so konnten sie vernünftiger Weise die Bildung junger Aerzte von demselben nicht ausschliessen, weil nur dadurch gediegene Aerzte heranwachsen, und für nachhaltig gute Hülfe gesorgt werden kann. In Krüniz Encyklopädie ¹⁾ wurde auf diese Nebenbestimmung der öffentlichen Krankenhäuser zum Besten junger Aerzte längst hingewiesen, und bei vorurtheilsfreier Erwägung kann ihre Zweckmäßigkeit unmöglich verkannt werden.

Für die Verwaltung der Wohlthätigkeitsstiftungen ist durch bestimmte Normen, wie sie im Gemeinde-Edikte aufgestellt sind, bestens gesorgt. Dafs auch dem Zwecke seine verdiente Aufmerksamkeit gewidmet werde, ist in der Verordnung über das Armenwesen vom 17. Nov. 1816. Art. 36. Hoffnung gegeben. „Die Zwecke, Verhältnisse und Einrichtungen dieser Anstalten, heifst es darin, werden durch besondere Vorschriften bestimmt werden.“ Freilich sind wieder zwölf volle Jahre verflossen, und dafür inzwischen, obgleich in den Wirkungskreis des Obermedizinal-Collegiums das Gutachten über die Organisation und Verbesserung der öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten in medizinischer Hinsicht, so wie die Entwerfung der erforderlichen Regle-

¹⁾ Theil 47. S. 144.

ments zur sorgfältigen medizinischen Verfahrungsweise in denselben etc. gelegt gewesen ¹⁾), den Gemeinden, in deren Mitte schon Anstalten für das Krankenwesen bestehen, die zu treffende Einrichtung überlassen worden. Die von mir im Jahre 1819 entworfenen und zur Oeffentlichkeit gebrachten Vorschläge zur Verbesserung des öffentlichen Krankenwesens in Regensburg ²⁾ haben den Erfolg dieser Ueberlassung erfahren. Die Staatsregierung entschied auf die Vorlage meiner Vorschläge mittelst Allerh. Rescripts vom 30. April 1820: „Wie S. K. Majestät von den Einsichten und dem Eifer aller in dieser Angelegenheit betheiligten Stellen und Behörden solche Verfügungen gewärtigen, wodurch die wohlbemessenen Vorschläge des Kreis-Medizinalrathes Dr. Aschenbrenner im Einklange mit den verschiedenen Stiftungszwecken auf eine angemessene Weise berücksichtigt werden.“ — Diese Berücksichtigung hatte zur Folge, daß die Sache im wesentlichen beim Alten geblieben. — Das Gemeinde-Edikt vom 17. Mai 1818 weist zwar den Gemeinden die Verwaltung der Stiftungsfonds zu; von einer Medizinal-Respizienz aber macht es so wenig, als von Ermächtigung zu einer zu treffenden Medizinal-Einrichtung irgend eine

1) Vid. K. b. Regsbltt. 1817. St. 17. S. 371.

2) Bericht an das Publikum Regensburgs über die Resultate des ärztl. Bemühens im kathol. und evang. Krankenhause im Jahre 1819. Regensburg 1820.

Erwähnung. Den Gemeinden ist in Beziehung auf die Verwaltung der Stiftungen kein größerer Wirkungskreis eingeräumt, als ehedess die allgemeinen Stiftungs-Administrationen hatten. Die Verordnung vom 7. März 1808, die Krankenpflege in der Residenzstadt München betr., kann nicht aus dem Regierungsblatte gestrichen werden, und dieselbe ist auch durch keine jüngere Verordnung in Beziehung auf die Medizinal-Respizienz abolirt. In dieser Verordnung ist aber die Kompetenz des Central-Medizinal-Bureau von dem Wirkungskreise der Generaladministration des Stiftungsvermögens genau ausgeschieden, und insonderheit die Einrichtung der Krankeninstitute in Beziehung auf den Zweck in die Kompetenz des Medizinal-Bureau gelegt. Hienach dürfte im Einklange mit den Staatsgrundsätzen in Beziehung auf die Medizinalverwaltung wohl mehr als hinlänglich dargethan seyn, daß den Gemeinden als Verwaltungsbehörden in irgend einer Medizinal-Einrichtung eine Kompetenz nicht zustehe, zumal als obige Bestimmung auch zur successiven analogen Anwendung in den Hauptstädten des Reichs gegeben worden ist.

Die allgemeine Verordnung über den Wirkungskreis der obersten Verwaltungsstellen in den Kreisen vom 17. Dec. 1825 gibt zwar §. 54 sachgemäßere Bestimmungen, daß nämlich die Oberaufsicht über die öffentlichen Kran-

kenanstalten etc. den Kreisregierungen competire, und von denselben diese Oberaufsicht mittelst der gehörig zu leitenden Unterbehörden und unter lebendiger Kontrolle durch periodische Visitationen zu führen seye. Allein gerade diese Oberaufsicht und Leitung, die den obersten Verwaltungsstellen in den Kreisen vorbehalten ist, um ihre Einwirkung auf das Gemeindeleben zum Besten desselben geltend zu machen, setzt allgemeine und gesetzliche Vorschriften voraus, nach welchen das öffentliche Krankenwesen in Uebereinstimmung mit dem Bedürfnisse und dem Stiftungszwecke zu ordnen ist, um nicht einseitig und nur nach individueller Ansicht zum Nachtheil des Stiftungszweckes sowohl als des Bedürfnisses die Leitung zu führen. Sie müssen aber nothwendig von der obersten Staatsbehörde ausgehen, damit sie allgemeingültig werden und Gesetzeskraft gewinnen. Nur die nähere Anwendung nach den besonderen Verhältnissen kann sonach zur Competenz der Kreisregierungen gezogen und die denselben zugewiesene Oberaufsicht hierauf ausgedehnt werden. Nach dieser Ansicht bezeichnet die Verordnung vom 7. März 1808 die allgemeinen Grundzüge für die öffentliche Krankenpflege der Residenzstadt in Beziehung auf Competenz und Eintheilung der Institute. Zeichnet gleichwohl die Verordnung über das Armen-

wesen, Art. 34 ¹⁾), im allgemeinen die für kranke Arme durch die Armenpflegen zu treffende Sorgfalt mit der Bestimmung vor, daß für angemessenes Obdach und Lager, für Wartung, ärztliche Hülfe und Arzneien zu sorgen seye: so lehrt die Erfahrung, daß diese Fürsorge abgesehen, daß derselben überhaupt kein pünktlicher Vollzug gesichert ist, dem Bedürfnisse noch keineswegs eine ausreichende Vermittlung gewährt.

Nicht jede Gemeinde ist im Stande, sich ein Krankenhaus zu bauen, und doch haben sie vielfältig kranke Arme, die, um ihre Heilung möglich zu machen, und sie dem Staate wieder als brauchbare Mitglieder zurückzugeben, einer Unterkunft in einer Krankenanstalt sehr dringend bedürfen. Da, wo ein Krankenhaus schon besteht, suchen sich dieserwegen öfters arme Kranke aus der Umgegend einzudrängen. Ihre Aufnahme läuft aber gegen den Stiftungszweck, und setzt daher die Behörde eines Krankenhauses, durch ihre Theilnahme mit demselben in Collision gerathend, nicht selten in Verlegenheit. — Diesem Bedürfnisse nach den Anforderungen der Humanität zu genügen, läßt sich nur dadurch in zweckmäßiger Weise Rath schaffen, daß allgemeine Normen für die Einrichtung des öffentlichen Krankenwesens gegeben, und ne-

1) Vide R. b. Rgsbltt. 1816. St. 41. S. 791.

ben der in Städten, wie auf dem Lande nach Art von Krankenbesuchanstalt zu ordnenden Armen-Krankenpflege die in größern Städten bereits bestehenden Krankenhäuser zu allgemeinen Krankenanstalten, woran auch Kranke der Umgegend Antheil nehmen dürfen, erhoben werden. Sie unentgeltlich aufzunehmen und zu pflegen, würde gegen den Stiftungszweck laufen; ihnen aber Obdach, ärztliche Behandlung und Pflege gegen mäßig festzusetzende Kostenvergütung angedeihen zu lassen, wenn Raum vorhanden, ohne dieserwegen die fundationsmäßigen auszuschließen, ist dem Wohlthätigkeitssinne des Stifters vollkommen angemessen. In diesem Sinne ist in Folge Allerhöchster Rescripte vom 17. Jänner und 20. März 1828 bereits allgemein die Anordnung getroffen, daß wegen Verbreitung der Krätze durch wandernde Handwerksgesellen für Unterkunft der mit diesem Uebel Behafteten in den nächsten Krankenhäusern ohne Unterschied, ob sie Lokal- oder allgemeine Krankenanstalten seyen, bis zu ihrer Genesung überall und sogleich Sorge getragen werde ¹⁾. So nur werden Krankenanstalten gemeinnützig und beurkunden ihr Entstehen im christlichen Zeitalter.

Anmerk. Wie die Einrichtung der Krankenanstalten

¹⁾ Vid. R. b. Intelligenzbl. für den Regenkreis 1828. Nr. 46. S. 1249.

zweckentsprechend zu geschehen habe, darüber gibt Hr. Medizinalrath Dr. Fr. Xav. v. Häberl in seinem Werke über öffentl. Armen- und Krankenpflege musterhafte Vorschläge.

2. So wie der Staat zur praktischen Ausbildung Gelegenheit zu bieten hat: so soll derselbe auch die nöthige Fortbildung seinem Augenmerke nicht entziehen. Denn es handelt sich um die Gesundheit und das Leben der Staatsangehörigen, sohin um das Edelste der Menschheit, welches den Aerzten in die Hände gelegt ist. Bei positiven Wissenschaften, die an bestimmte Gesetze und an ein gesetzliches Verfahren, das bleibend ist, ohne vom Wechsel der Theorien zu sehr abhängig zu seyn, gebunden sind, sind dieserwegen auch die Hülfsmittel zur Erfüllung des Berufes weniger kostspielig. Ganz anders verhält sich's aber in der Heilpflege, wo die Gesetze der Natur sich nicht durch menschliche surrogiren lassen, ohne die Vermessenheit zu züchtigen. Der praktische Arzt muß nothwendig, wenn er keine Rückschritte machen und der leidenden Menschheit sich nützlich erhalten will, die Bereicherungen der Medizin sich fortwährend eigen zu machen suchen. Die Erfahrungen Anderer dürfen ihm nie fremd bleiben; er muß sonach mit der medizinischen Literatur immer vertraut sich erhalten. Allein dieses ist eine Aufgabe, die, wenn sie mit der Zeit auch nicht kollidirt, doch mit

seinem Beutel in Conflict geräth, zumal wenn er einmal Familie hat, und seine Subsistenzmittel ohnedem beschränkt sind. Die medizinischen Lesevereine gewähren zu diesem Ende eine höchst vortheilhafte Vermittlung. An dem Staate ist es daher, diese Lesevereine möglichst zu befördern, und sie nach allgemeinen Leitungsnormen mit Ertheilung von Postportofreiheit stets in gedeihlichem Fortgang zu erhalten.

Anmerk. Im Jahre 1814 versuchte ich's, mit den Gerichtsärzten des Regenkreises einen medizinischen Leseverein zu Stande zu bringen. Jeder derselben kam meinem Vorschlage mit Freude entgegen. Und da mir von der Allerhöchsten Stelle für den gebildeten Verein in der Folge die Postportofreiheit bewilliget worden ist: so stand dem Gelingen desselben von keiner Seite ein Hinderniß im Wege. Fünf Jahre war ich im Stande, ihn im gedeihlichen Fortgange zu erhalten. Noch erinnere ich mich mit herzlichem Bedauern, wie meinem mit vieler Sorgfalt gepflegten Lesevereine im Jahre 1819 die Postportofreiheit ohne Verschulden wieder abgenommen worden, und derselbe dieserwegen leider in obiger Ausdehnung wieder zu Grabe getragen wurde. Nur unter den Aerzten Regensburgs erhielt er sich noch bis zur Stunde.

3. Der Heilkunst auf möglichste Weise Allgemeinheit zu geben, und mit ihrer Anwendung auch jene Erleichterung zu verbinden, welche die Möglichkeit des Gebrauchs der zureichend ärztlichen Hülfe in Beziehung auf Nahelegung und Wohlfeilheit bedingt, ist

eine Anforderung, die wohl kaum einer nähern Rechtfertigung bedarf. Aber auch eben so wenig kann bestritten werden, daß die Medizin nicht nur nach dem höchsten Grade ihrer gegebenen Vervollkommnung überhaupt, sondern auch insbesondere zum Wohl der untern Volksklassen und der Armen eben so, wie für die Reichen in demselben Grade der Vervollkommnung ausübbar gemacht werde. Diese Sorgfalt ist eben so sehr im obersten Staatszwecke begründet, als die Staatsglieder selbst deren Erfüllung nach dem ihnen gebührenden Schutzrechte in Anspruch zu nehmen haben. Nur wenn die Medizin als ein Ganzes ausübbar gemacht, und nur den in höherm Sinne wissenschaftlich gebildeten Aerzten diese Ausübung zuerkannt und zur Pflicht gemacht werde, kann dieser Anforderung entsprochen werden.

In dem Medizinal-Edikte ist zwar die Bestimmung gegeben, daß nur vollkommen gebildete Aerzte den Forderungen, welche man mit Recht von einem Chirurgen macht, zu entsprechen im Stande seyen, und daß daher die Wundarzneikunst nur von jenen Individuen ausgeübt werden solle, welche die Arzneiwissenschaft erlernt haben. Allein was dieser wohlbemessenen Anordnung wieder höchst nachtheiligen Eintrag macht, ist das im nämlichen Edikte ausgesprochene Institut für Landärzte und die später an dessen Stelle getre-

tene Anstalt für Bildung von Chirurgen, deren beide zur Ausübung der Medizin nach ihrem ganzen Umfange herangebildet werden, und zur freithätigen Ausübung so lange befugt sind, bis dem Kranken Gefahr drohet, und in so lange ihnen eine chirurgische Operation nicht schwer und von Wichtigkeit erscheint. Dadurch ist obige Anordnung wieder quasi abolirt; denn durch die Landärzte, und nunmehr durch die Chirurgen finden sich die wissenschaftlichen Aerzte so sehr beeinträchtigt, daß ihnen die Uebung in minder schweren Operationsfällen entgeht, obgleich sie ihnen höchst nothwendig ist, um die erworbene Dexterität für schwere und ihnen nur selten vorkommende Operationen beizubehalten, und für diese Vertrauen zu gewinnen. Was die bemerkte Verpflichtung zunächst angeht, so ist sie nicht in dem strengen Sinne zu nehmen, daß jeder Arzt muß. Der practizirende Arzt kann wählen; der im Dienste stehende aber ist verpflichtet. Bei unsern Militärärzten ist solches bereits Gesetz. Kein Arzt kann zum Regimentsarzte vorrücken, der sich nicht für die Ausübung der Medizin nach ihrem ganzen Umfange befähigt hat. Es ist sonach höchste Zeit, daß den wissenschaftlichen Aerzten die Medizin nach ihrem ganzen Umfange in der Theorie sowohl, als in der Ausübung wieder vindizirt, und Halbwisserei aus dem Tempel der Hygieia verbannt werde. Dieses

ist, was der Medizinal Einrichtung Bayerns höchst noth thut. Der in der Schreibstube juristische Routine erlangt, darf dieserwegen nach unsern Gesetzen noch keinen Rechtsanwalt machen, und der Kirchendiener darf nicht taufen. Nur im Rechtsgelehrten ist die Jurisprudenz in der Theorie sowohl, als in der Ausübung, und in dem zum Priester Geweihten und Ordinirten das geistliche Hirtenamt vereinigt. Es ist auch schon dieserwegen die Vereinigung der Medizin in der Ausübung, und die Abschaffung der Halbwisserei höchst wünschenswerth, weil durch die wissenschaftlichen Aerzte in ihrer Anzahl dem Bedürfnisse hinlänglich abgeholfen werden kann, und neben der Halbwisserei und den derselben eingeräumten Befugnissen die Aerzte ihre Subsistenz unmöglich finden können.

In diesseitigen Gegenden sind junge Aerzte, wenn sie lediglich auf den practischen Erwerb hingewiesen sind, nicht im Stande, sich auf dem platten Lande ihren Unterhalt durch Praxis zu sichern, wenn sie nicht die Medizin nach ihrem ganzen Umfange ausüben. Nur in größern Städten läßt diese Bedingung eine Ausnahme zu. Die Einwendungen, welche selbst von Aerzten noch gegen die Möglichkeit der Vereint-Ausübung durch ein und denselben wissenschaftlichen Arzt gemacht werden, sind längst durch die Erfahrungen widerlegt. Gibt es auch bei der Ver-

eint-Ausübung in Beziehung auf Befähigung Unterschiede; so schadet dieses der guten Sache auf keine Weise. Auch bei der Ausübung nur eines einzigen Medizinalzweiges geben sich diese Unterschiede kund, und kommen ja wohl in jeder Wissenschaft und Kunst vor. Die Concurrrenz bietet von der andern Seite wieder hinlängliche Schadloshaltung dar, und gibt nebstbei Gelegenheit zu einer Wetteiferung, welche der Wissenschaft sowohl, als dem Kranken erspriesslich ist. Selbst dem Genie ist seine Prävalenz dadurch noch mehr gesichert. Und dann hat man diese Ausführung bisher bei den Halbärzten nicht nur für möglich gehalten, sondern sie wohl selbst planmässig hiezu heranzubilden die Absicht gehabt. Was aber bei den Halbärzten für ausführbar gehalten worden, kann wohl bei gediegenen Aerzten keinen Widerspruch leiden. Ganz gewiss ist der wissenschaftliche Arzt bei der Vereint-Ausübung auch Gediegeners zu leisten im Stande, als der Halbarzt. Der Vortheil ist andererseits auch für die Kranken überwiegend; denn nur, wenn die Medizin vereint ausgeübt wird, kann ihm am schnellsten und auf die wohlfeilste Weise, ohne seine pekuniären Kräfte zu lähmen, zureichend ärztliche Hülfe gebracht werden, während bei der Getrenntheit öfters Arzt, und Wund- oder Hebarzt zugleich nothwendig werden, und wenn beide an verschiedenen Orten woh-

nen, nicht nur die prompte Hülfe verloren geht, sondern dem Kranken diese auch bei weitem kostspieliger wird. Vom Zeitaufwande und der Unmöglichkeit, viele Kranke bei der Vereint-Ausübung zugleich zu besorgen, kann noch weniger ein gegründeter Einwand genommen werden, weil jeden Falls dem wissenschaftlichen Arzte ein Arztgehülfe zur Seite steht, den er angemessen verwenden kann, der aber nicht zum Halbarzte herangebildet seyn darf, welcher die Befugniss hat, mit Selbstständigkeit die Medizin nach der dreifachen Verzweigung so lange auszuüben, bis dem Kranken Gefahr droht. Wenn es endlich auch dem so wäre, daß der Arzt bei der Vereint-Ausübung nur wenige Kranke gleichzeitig zu übernehmen im Stande wäre. Um so besser; so bleiben auch für andere Aerzte Kranke übrig, und es können sonach mehrere geübene Aerzte im nämlichen Bezirke ihre Subsistenz finden, wenn nur jeder für das, was er dem Kranken in diesem oder jenem Zweige der Medizin leistet, gehörig honorirt wird.

4. Die Heilanordnungen des wissenschaftlichen Arztes in richtigen Vollzug zu setzen, ist Sache der Krankenpflege überhaupt, dann der durch angemessenen Unterricht und Leitung geregelten Dexterität der Arztgehülfen. Ihre Bestimmung ist sonach im Allgemeinen bloß executiv, welche im Gebiete der Ge-

sammt-Heilkunde eine theils mittelbare, theils unmittelbare Hülfeleistung bei Kranken umfaßt; in keinem Falle aber mit einer ärztlichen Selbst- oder Freithätigkeit, sondern immer im abhängigen Verhältnisse vom Arzte. Ihre Bildung darf daher nie und am wenigsten planmäßig zur medizinischen Halbwisserei gesteigert werden, sondern muß fortan auf den eben bezeichneten subalternen Wirkungskreis beschränkt bleiben.

Anmerk. Ueber die Aufstellung von Arztgehülfen und deren Bildung habe ich schon früher in einer Abhandlung über das Institut der Landärzte in Bayern, und das richtige Prinzip für die Bildung des heilkundigen Personales in Henke's Zeitschrift für die Staatsarzneikunde 1823. 3. et 4. Vierteljahrheft. S. 74 — 103. et S. 349 — 370. meine Ansicht ausgesprochen. Die Jen. Lit. Zeit. 1825. Ergänzungsbl. Nr. 4 — 7. S. 45. würdigte sie einer Recension. Der Recens. erachtete die Ausführung der darin vorgetragenen Ideen als den einzig richtigen Weg sowohl zur Beförderung der hülfsbedürftigen Menschheit, als zur höhern Ausbildung unserer Kunst. Auch die mediz. Annalen von Pierer et Choulant. 1824. 7. Hft. S. 956. machten darüber keine unrühmliche Erwähnung: „Obgleich den Meinungen des Verfassers Rec. nicht überall beipflichten kann: so kann er doch den Wunsch nicht bergen, daß der Aufsatz besonders von jenen gelesen und beherzigt werde, für welche er im eigentlichen Sinne geschrieben ist.“

Wenn ich mir hienach erlaube, auf die Anstalt zur Bildung von Chirurgen, mit Rück-

sicht auf den Lehrplan und die Instruktion für dieselben, einen kritischen Blick zu werfen, so kann ich nicht bergen, daß mir dieselbe in ihrem Stamme noch morscher erscheint, als die Schule für Landärzte, und in ihren Ramifikationen bloß wuchernd, ohne Frucht zu tragen. Junge Leute von 16 Jahren, und mit dem Elementar-Unterrichte ausgestattet, sind darin aufnahmefähig, und sollen nach dem Lehrplane innerhalb sechs Semestern zu Aerzten, Wund- und Hebärzten herangebildet werden; jedoch keine höhere Ausbildung erlangen, als in weniger schwierigen Krankheitsfällen zur selbstthätigen Hülfeleistung erforderlich ist. Wo Bedenklichkeit eintritt, sollen sie daher verpflichtet seyn, jedesmal einen wissenschaftlichen Arzt beizuziehen. Die Ausübung der Medizin nach ihrem ganzen Umfange, aber mit beschränktem Wirkungskreise, ist sonach itzt wieder, wie ehedem für die Landärzte, Grundsatz. — Kein Lehrjung, von was immer für einer Kunst und Profession kann nach zurückgelegten drei Lehrjahren schon zum Meister gestempelt werden; er hat noch wenigstens drei Gesellenjahre auf Wanderung zu durchleben.

Anmerk. Nach den unterschiedlichen Gradibus, welche die Handwerksleute zu machen haben, sagt Freih. v. Kreitmayer in seinen Anmerk. ad Cod. bav. civ. Thl. 5. Cap. 27. §. 2., theilen sie sich in Meister, Gesellen und Lehrjungen ein. Denn aus Lehrjungen werden erst Gesellen, und aus Gesellen Meister gemacht.

Wie soll nun ein Schuljung, der höchstens so viele Vorkenntnisse inne hat, als am Progymnasium gelehrt wird, in einer Wissenschaft, in welcher selbst scientifisch Gebildete, da Erfahrung die Grundlage ist und eine genaue und richtige Beobachtung nie entbehrt werden kann, erst nach Jahren zur Gediegenheit gelangen, in drei Jahren zum selbstständigen Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer herangebildet werden können? Um die bedenklichen Steigerungen der Krankheiten richtig ermessen zu können, wird eine richtige Beurtheilung und Erkenntniß aller Krankheiten ohne Unterschied erfordert. Man muß, kurz gesagt, Semiotiker seyn, um beurtheilen zu können, in welchen Krankheiten und wie lange selbstthätig eingeschritten werden darf, dann von welchen Krankheiten die Gefahr einer bedenklichen Steigerung zu besorgen steht, um den Zeitpunkt nicht zu versäumen, solche noch zu rechter Zeit an die wissenschaftlichen Aerzte überweisen zu können. Wie schwer es übrigens auch dem gediegenen Arzte ist, den Kranken im bedenklichen Vorrücken der Krankheit zu übernehmen, und Diagnose und Indication da schnell und richtig zu treffen, weiß wohl jeder, dem das Krankenbett nicht fremd ist. Wenn er nebenbei Ursache hat, mit der ersten Heileinschreitung unzufrieden zu seyn: so kann er wohl selbst in Gefahr gerathen, den Kranken zu

verlieren, und damit auch seinen eigenen Kredit aufs Spiel gesetzt zu sehen.

Die Einrichtung unserer neuen Bildungsanstalt für Chirurgen hat aber noch weitere und erhebliche Nachtheile im Gefolge, die, wenn man das Bedürfnis gehörig ins Auge faßt, dringend einer Ausgleichung bedürfen. Es ist allerdings zweckmäfsig, dafs das Barbiergeschäft mit der Hülfschirurgie wieder vereinigt worden, weil durch jede Vervielfältigung im medizinischen Hülfspersonal nur den Puschereien gröfserer Spielraum gegeben wird, indem einer Seits die Vervielfältigung den Nahrungsstand nicht zureichend sichert, und anderer Seits in der Medizin der Wirkungskreis der dabei beschäftigten und autorisirten Individuen unmöglich praktisch genau und polizeilich handhabend abgegränzt werden kann. Allein um die Vereinigung ausführbar zu machen, und den beabsichtigten Zweck zu erreichen, darf die Bildung nie weiter gehen, als für den subalternen Wirkungskreis nothwendig ist. Dieser Anforderung wird aber durch unsere Chirurgen, wie sie aus der neuen Schule hervorgehen, auf keine Weise entsprochen. Durch ihre höhere Bildung, und selbst durch die Aufopferungen, die sie drei volle Jahre auf der Schule zu machen haben, dünken sie sich alle höher gestellt, als dafs sie noch bestimmt seyn sollen, den Barbiersack an der Seite zu tragen.

Das Barbiergeschäft daher selbst zu besorgen, lassen sich wohl die Wenigsten herbei. Höchstens bei vermöglichen Staatsbürgern, die deswegen bei der Gemeinde in besonderem Ansehen stehen, oder sonst einen höhern Rang haben, nehmen sie weniger Anstand, das Barbiermesser zu führen. Manche sind aber nicht einmal im Stande, selbst zur Vorbereitung einer chirurgischen Operation die Haare mit dem Rasiermesser wegzunehmen, weil nicht blos barbierfähige, sondern überhaupt Elementarschüler für aufnahmefähig in die Schule erkannt werden. Aber auch den kleinen resp. sogenannten Krankenwärterdienst, wie ihn sonst einfache Bader am Krankenbette besorgten, halten sie für die minder vermögliche Volksklasse mit ihrer Stellung nicht verträglich. Im Dünkel einer höhern Bildung haben sie auch gröfsere Bedürfnisse, als unsere frühern Bader. Und da sie für ihren Aufwand auch gröfsern Ersatz in Anspruch zu nehmen, wie billig, sich für berechtigt halten: so trachten sie nur in Städten und Märkten Chirurgenstellen zu erlangen, wo sie öfters mit sogenanntem Kuriren sich mehr abgeben, als dafs sie Chirurgie und Geburtshülfe zu üben sich angelegen seyn lassen. — Das Barbiergeschäft, das nicht überall so ergiebigen Ertrag abwirft, um Gesellen darauf lohnend halten zu können, suchen sie, theils deswegen, theils weil sie sich in ihrer Stellung

dann besser gefallen, zu verpachten, und sich dadurch zwar nur eine geringe, aber doch bestimmte Rente zu sichern, was auch nach dem Gesetze über das Gewerbswesen und der Verordnung über den Vollzug desselben bei Realgewerben, sohin auch bei *realen* Badergerechtigkeiten, nicht aber bei Conzessionen, als zulässig erscheint. — Entgeht aber schon dadurch dem wissenschaftlichen Arzte die nöthige Beihülfe am Krankenbette durch angemessen subordinirtes Hülfspersonale: so springt der Uebelstand unserer Einrichtung noch sichtlicher in die Augen, wenn man sein Augenmerk auf das platte Land richtet. Wie sollen da die Badergerechtigkeiten besetzt, und dem Bedürfnisse des subalternen medizinischen Dienstes abgeholfen werden? — Aufser den approbirten Chirurgen, sagt die Verordnung über die Bildung derselben §. 15, solle künftig Niemand mehr eine Barbiers - Conzession erhalten, oder zur Erwerbung einer solchen Gerechtigkeit zugelassen seyn. Daraus geht hervor, daß auch die Gerechtigkeiten auf dem platten Lande, die sonst nur einfache Bader inne hatten, und da kaum kärglich ihr Auskommen fanden, wenn sie nicht fortan den Barbiersack mit sich schleppten, nur von approbirten Chirurgen der neuen Schule besetzt werden sollen. Ihre Stellung als Chirurgen erhebt sie aber über den einfachen Dorfbarbier; um so weniger

läßt sich sonach erwarten, daß sie je einmal dessen Stelle durch Niederlassung auf ein Badanwesen einer abgelegenen und dürftigen Landgemeinde einnehmen werden, als sie schon voraus gewiß sind, daß ihnen auf solchen Plätzen nie ein entsprechender Ersatz werde. Gerechtigkeiten dieser Art sind auch inzwischen schon vielfältig in Erledigung gekommen; aber beworben haben sich hierum Chirurgen aus der neuen Schule noch keine; dagegen suchen sich alte und ausgediente Soldaten, die früher das Barbiergeschäft getrieben, auf solche Plätze einzudrängen, und um Barbiers-Conzessionen sich zu bewerben. Da aber deren Verleihungen nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht zulässig sind: so suchen sie sich meistens mit gleichzeitiger Erwerbung eines kleinen Anwesens so lange im Besitz zu erhalten, als ihnen die Connivenz der Polizeibehörden Sicherheit gewährt. Aber auch die bebarten Gemeindeglieder, die das Barbiermesser nicht selbst zu führen verstehen, sind ihrer froh, und wirken daher treu zur Connivenz mit. Sie sind auch dieserwegen in Krankheitsfällen mit ihren Dienstleistungen zufrieden, und nehmen sonach bei jeder Gelegenheit für sie das Wort.

Dieses sind jedoch die Uebelstände nicht alle, die unsere Einrichtung zur Folge hat. Noch sind die Klagen der Hunderte von Barbiergesellen zu würdigen übrig, welchen durch

dieselbe alle Aussicht benommen ist, sich je einmal selbstständig auf dem ordentlich und im gesetzlichen Wege Erlernten niederlassen zu können. Da über die Aufnahme der Barbierlehrlinge keine besondere Vorschriften bestehen: so treten gar Viele in die Lehre, die seiner Zeit nie Hoffnung haben, in die chirurgische Schule aufgenommen zu werden, und doch sollen sie sich den Weg durch dieselbe bahnen, um einmal auf einer Badegerechtigkeit sich ansässig machen zu können. Es gibt bereits deren Viele, denen es leider hiezu an den nöthigen Fähigkeiten gebricht. Schützt sie nicht irgend eine Connivenz: so müssen sie gleichwohl als Barbiergesellen dekrepit werden, und zuletzt aus dem Armensäckl der Gemeinden sich einen Zehrpfenning erbitten. Mehrere suchen indess diesem Geschieke dadurch zuvorzukommen, dafs sie sich, während sie noch in Condition stehen, um eine Priechler-Conzession oder um was Aehnliches bewerben, und medizinische Pfuscherei als Nebenerwerb treiben, wenn sie als Barbiergesellen austreten, oder von ihren Prinzipalen entlassen werden. — Unter den vielen Badegerechtigkeiten sind eine grofse Anzahl Realgewerbe und mit Ehehaften verbunden, deren einige selbst in's Privateigenthum übergegangen sind, und daher den Familien nach der Konstitution nicht entzogen werden kön-

nen ¹⁾. — Die Ehehaftsäder stammen in Bayern gröfstentheils von jenen Zeiten, wo auch bei dem gemeinen Landmanne die Reinigungsbäder noch im Werthe gestanden, und wo uns in Folge der Kreuzzüge die orientalischen Ausschlagskrankheiten drohten. Seit der Aussatz von den Morgenländern gekommen, waren die Bäder, sagt Zschokke in der bayerischen Geschichte, wo er auf die Tage Ludwigs des Bayern kömmt, in Städten und Märkten häufig ²⁾. — Die Ehehaftspflichtigkeit legte den Inhabern für den Ehehaftsgenuß nebst dem Barbiergeschäfte vorzugsweise die Anrichtung von Bädern zu bestimmten Zeiten, dann das Aderlassen und Schröpfen auf; sohin im Ganzen nur die Geschäfte der Hülf-Chirurgie.

Wenn man nun erwägt, mit welcher Umsicht und Gewissenhaftigkeit nach der Strafgesetzgebung verfahren werden muß, um über einen Angeschuldeten durch ein förmliches Urtheil zu entscheiden; so dringt sich wohl jedem Menschenfreunde aus dem ganz einfachen Grunde, daß das Leben heilig ist, der Wunsch auf, daß dem kranken Staatsbürger mit Verbannung aller Halbheit, die unter jedem Verhältnisse nur Nachtheil im Ge-

1) Vid. Verfassungs-Urkunde des Königreichs Bayern. 1818. Titl. 4. §. 8.

2) Vid. H. Zschokke's bayerische Geschichte 1828. 3. Buch. S. 195.

folge hat, eine gleiche Theilnahme gewidmet, und für Hülfe durch gediegene Aerzte und deren Aufstellung als Lokalärzte Sorge getragen werde. Es liegt sonach in der Konsequenz, daß für die untergeordnete medizinische Dienstleistung, statt Halbärzten, nur Arztgehülfen im eigentlichen Sinne heranzubilden seyen. Nur durch diese Einrichtung können oben erwähnte Uebelstände verschwinden. Da der Dienst der Arztgehülfen zum grofsen Theile eine blofse mechanische Dienstleistung ist, die daher allmählig und durch längere Zeit, um darin Fertigkeit zu erlangen, eingeübt werden muß, so darf der Unterricht der aus den Elementarschulen ausgetretenen Jünglinge, um sich zu Arztgehülfen zu bilden, nicht unmittelbar auf einer chirurgischen Schule beginnen. Als Elementarschüler ist ihnen ohnedem jene Geistesbildung noch nicht zuzumuthen, welche nothwendig ist, um den medizinischen Unterricht mit Gründlichkeit auffassen, und dem theoretischen Studium der Medizin sich mit Nutzen widmen zu können. Dieserwegen wird es für erspriesslicher erachtet, wenn nach zurückgelegtem Elementarunterrichte ihre erste Berufsbildung nach bestimmten Leitungsnormen in der Barbierstube ihren Anfang nimmt, die Lehrlinge sodann zu tüchtigen Gesellen vorwärts schreiten, auf einer Schule hierauf für den untergeordneten Medizinaldienst ihre Weiterbildung erlangen, und

an einem Krankenhause unter gehöriger Leitung und in einem angemessenen Zeitmaasse dieselbe zu ihrem Berufs-Antritte vollenden. Dieses hindert keineswegs, daß nicht Einzelne, welche Fähigkeit und Anlage zu einer höhern Ausbildung besitzen, und dieselbe in ihrer subalternen Stellung kundgeben, sich auch zu Medico-Chirurgen empor-schwingen können. Auf diesem Wege haben sich bisher einzelne Individuen auf eine Weise ausgebildet, daß sie nach meiner Ueberzeugung ihren Platz als Medico - Chirurgen eben so ehrenvoll, als nutzbringend ausfüllen. Wohin es Einzelne zu bringen im Stande sind, kann aber nicht als Plan für alle gelten, noch weniger darf es Grundsatz für eine Medizinal-einrichtung seyn, weil er in der Anwendung nie durchgeführt werden kann, ohne auf andere Uebelstände zu stoßen, und das Gesundheitswohl zu gefährden.

So wie aber einer Seits durch obiges Gradations-Verhältniß für den untergeordneten Medizinaldienst auf angemessene Weise Sorge getragen, und diese Sorgfalt mit Gleichförmigkeit in Wirksamkeit gebracht werden kann: so ist anderer Seits den talentvollen und mit vorzüglichen Anlagen begabten Individuen zu einem mit Freithätigkeit verbundenen Wirkungskreise im Medizinalfache jene Aussicht eröffnet, welche mit der Sorgfalt für das Gesundheitswohl der Staatsangehörigen

eben so sehr im Einklange steht, als dem Kunsttalente hiedurch die ihm gebührende Rücksicht und Achtung zu Theil wird.

Dieses ist meines Ermessens der Weg, welchen das Bedürfnis, die Natur der Sache und unsere bürgerlichen Verhältnisse in Beziehung auf die bestehende Einrichtung von Ehehaften, und Realrechten vorzeichnen. — Wer auf dem Wege der Verbesserung beharrlich fortschreitet, feiert durch neue That würdig das Andenken der Alten.

5. Es gibt wohl keinen edleren Beruf im menschlichen Vereine, als seinem kranken Mitmenschen Rettung, oder wo dieses nicht möglich ist, doch Erleichterung seiner körperlichen Leiden zu gewähren. Wer sich diesem Berufe widmet, versetzt sich selbst in ganz eigene, nur diesem Berufe anhängende Verhältnisse. Er findet darin besondere Pflichten, die er zu erfüllen, aber auch Rechte, die er in Anspruch zu nehmen hat. Er erlangt in und durch seinen Beruf eine eigene Stellung im Vereine; bleibt für genaue Erfüllung seines Berufes in Folge der Pflichten dem Gesetze verantwortlich. Kann mit andern gleichen Berufes in Conflict gerathen etc.

All dieses in eine Instruktion zusammenzufassen, und die praktischen Aerzte bei ihrem selbstständigen Berufsantritte hierauf zu verpflichten, ist ein Bedürfnis, dem bisher noch nicht abgeholfen ist.

6. Viele der practizirenden Aerzte treten neben dem Verhältnisse als solche auch in ein öffentliches, dienstliches Verhältniß, und erlangen dadurch eine mit der vorigen geänderte Stellung im dienstlichen Verbande. So z. B. die Aerzte an den öffentlichen Krankenanstalten. — Auch Pflichten und Rechte etc. unterliegen einer diesem geänderten Verhältnisse angemessenen Modalität. — Den Administrativ-Behörden gegenüber liegen auch Competenz-Conflikte nicht außer dem Bereiche. Eine Ausgleichung dieser Verhältnisse durch eine entsprechende Instruktion ist der Sache eben so nützlich, als dem Dienste förderlich.

7. Die Physikatsärzte haben neben ihren Berufspflichten als praktische Aerzte noch besondere Obliegenheiten in Beziehung auf die öffentliche Sanitäts- und Medizinalpflege, das Militär-Conscriptionswesen und die Armen-Krankenpflege, dann in Rücksicht auf die Polizei der Medizin und die gerichtliche Arzneipflege etc. zu erfüllen. Sie gerathen dabei mit andern öffentlichen Behörden vielfältig in Geschäftsberührungen, die eben dadurch eine besondere Stellung im Staatsdienste und ein eigenes Competenzverhältniß begründen. Der Staat, von dem die oberste Leitung und die Sorgfalt für das Gesundheitswohl der Staatsangehörigen ausgeht, bedarf diesernach einer fortwährenden Uebersicht

über die Gesammtheit des Medizinalwesens. Die Physikatsärzte sind ihm dieserwegen die unmittelbaren Organe in Gegenständen der Sanitätspolizei. Um dieser Anforderung zu entsprechen, und um zu jeder Zeit nöthigen Aufschluss ertheilen zu können, müssen sie sich selbst in beständiger Kenntniss über die im Sanitätswesen vorkommenden Angelegenheiten zu erhalten suchen. Damit sie übrigens auch die Medizinalgeschäfte nach dem gesetzüblichen Geschäftsgange zu besorgen verstehen, so liegt es in ihrer Bestimmung, sich auch diesen eigen zu machen. Diese ihrer Bestimmung als Physikatsärzte anhängende Verhältnisse in eine vollständige Instruktion, womit einer Seits die im Pflichtverhältnisse begründeten Rechte, anderer Seits aber auch die aus denselben gleichzeitig hervorgehende Verantwortlichkeit zu verbinden ist, zu bringen, ist ein längst, aber immer hart entbehrtes Bedürfniss, was vorzüglich bei höherer Respizienz des Medizinalwesens gefühlt wird. Zwar ist schon im Jahre 1803 bei damaliger Physikatsorganisation eine Instruktion für Gerichtsärzte gegeben worden ¹⁾; allein wer mit dem Medizinalgeschäfte näher vertraut ist, und weiß, dass die Medizinalgeschäftsführung den Geschäftsformen der übrigen Staatsverwal-

1) Gen. Instruktion für die Landgerichtsärzte vom 28. Oktober 1803 im churpfalz. Rgsbltt. 1804. St. 9. p. 196.

tung anpassen müsse, wird sich von der Unzulänglichkeit derselben leicht überzeugen können. Was zur Wesenheit einer zweckmäßigen Instruktion gehört, fehlt ihr vorzugsweise, nämlich die obliegenden Geschäfte genau und vollständig zu bezeichnen, und die Art und Weise, wie sie geführt werden müssen.

Anmerk. Die Höchstlandesherrliche Verordnung über die Organisation der Landgerichtsphysikate vom 28. Oktober 1803 machte den Landesdirektionen der damaligen Provinzen Bayerns den Entwurf einer Instruktion für die Landgerichtsärzte in denselben zur Aufgabe. Dieserwegen erschien für die Provinz Bamberg eine besondere Instruktion ddo. 22. Juni 1803. In den übrigen Provinzen wurde die General-Instruktion der Physikatsärzte von Bayern vom 28. Oktober 1803 für gültig erklärt. — Sie ist aber im Ganzen den Bedingungen einer zweckmäßigen Instruktion eben so wenig entsprechend.

In dem organischen Edikte über das Medizinalwesen vom 8. September 1808 sind die Obliegenheiten der Physikatsgeschäfte ebenfalls aufgenommen, allein nur bezeichnet, ohne anwendbar gemacht zu seyn. Und auch in der Verordnung vom 6. Oktober 1809, die Physikats-Organisation betr., ist nur ein Theil der instruktionellen Bestimmungen in Beziehung auf das Dienstes- und Kompetenzverhältniß angegeben, und daher als Instruktion eben so unzureichend als die vorige. Das

Medizinal-Edikt selbst sicherte eine umständliche Instruktion zu, welche aber bisher immer frommer Wunsch geblieben.

Anmerk. Die Staatsregierung hat schon vor geraumer Zeit den Kreisregierungen einen Entwurf zu einer Instruktion abverlangt. Solcher wurde auch vorgelegt, daher zu hoffen ist, daß diesem Bedürfnisse bald abgeholfen werde.

8. Ein nicht unwichtiger Gegenstand, der einer wohlgeordneten Medizinal Einrichtung nicht fehlen darf, ist die medizinische Taxordnung. Die eigentliche Mühe des Arztes, die wohl am wenigsten mechanisch ist, dafür aber bei weitem mehr den Geist und das Gemüth in Anspruch nimmt, kann demselben wohl selten oder nie angemessen belohnt werden. Diese Bemühung kann sonach auch keinen Maßstab zu einem Tax-Regulative gewähren. Wer Hülfe erhalten, findet denselben viel richtiger in der Liebe zur Gesundheit und in seinem Dankgefühle auf. Dessen ungeachtet muß eine medizinische Taxordnung in jeder andern Beziehung für nothwendig erachtet werden. Sie soll Subsistenz sichernd seyn; von der andern Seite aber auch nicht abhaltend für den Mindervermöglichen von dem Verlangen nach ärztlicher Hülfe, sondern vielmehr einladend, und durch ihre Billigkeit der Aftermedizin einen Damm setzend. — Nach diesen Rücksichten die Aufgabe befriedigend zu lösen, bleibt immer schwer, denn sie sind vielfältig

kollidirend — hinsichtlich der ohne Besoldung und nicht im Staatsdienste stehenden Aerzte noch viel mehr, als bei jenen, welchen wenigstens ein Theil ihrer Competenz durch fixe Besoldung gesichert ist. Jedenfalls dürfte es am zweckdienlichsten seyn, die Taxe nicht einzig nach Krankenbesuchen und deren Anzahl, auch nicht nach der Zeit und der Ortsentfernung, sondern zugleich nach der Dauer der Krankheit, und der Gefahr, die dem Arzte selbst bedrohlich, so wie bei vorkommenden Operationen nach der Wichtigkeit derselben, mit Rücksicht auf die dabei nöthig gehabten Instrumente etc. zu reguliren. Ist für die ärztliche Hülfe einmal der Maassstab gegeben, so ist es ein leichtes, das graduelle Verhältniß für das medizinische Hülfspersonale zu finden.

9. Im Jahre 1822 ist, wie schon früher bemerkt worden, die lang ersehnte Pharmacopoea bavarica und im Jahre 1825 eine taxa pharmaceutica bavarica erschienen. Die Kritik liefs sich darüber Pro et Contra vernehmen. In der Vorrede der Pharmacopoea wurde auch einer bald zu erscheinenden Apothekerordnung gedacht. Solche ist großes Bedürfnis, zumal als der Wirkungskreis der Apotheker zum Unterschiede von jenem der Materialisten und ihrer Verschiedenheit nach den bestehenden Gewerbsverhältnissen und den Realrechten immer noch nicht festgesetzt und eben so

wenig der Handel mit Arzneiwaaren und der Giftverkauf gesetzlich geordnet ist. Was letzteren angeht: so besteht zwar vom Jahre 1794 eine besondere Verordnung; allein sie ist nunmehr obsolet, und dem gegenwärtigen Stande der toxicologischen Kenntnisse nicht mehr genügend. Diesem Mangel an einer umfassenden Apothekerordnung und dem Mangel einer Verordnung über den Arzneiwaaren- und Giftverkauf haben wir's zu einem grossen Theile zuzuschreiben, daß fast alle Jahre die traurigsten Fälle von Vergiftungen zum Vorscheine kommen.

Anmerk. Abverlangte und wirklich auch abgegebene Gutachten geben der Hoffnung Raum, daß eine besondere Verordnung über den Arzneiwaaren- und Giftverkauf erfolgen werde.

Aber auch für die Pharmacopoea bavarica wäre eine Revision höchst erwünscht, um die vielen Corrigenda im Texte zu berichtigen, und die neuesten Entdeckungen in der Materia medica, deren Heilwirkungen entschieden und dem praktischen Arzte daher unentbehrlich sind, in dieselbe aufzunehmen. Berathen dürfte es nebstbei seyn, der Idee, die vom gegenwärtigen Stande der Wissenschaft diktirte Nomenclatur mit zeilenlangen, und den Arzt wie den Apotheker des vielfältigen Aehnlich- und Gleichlautens wegen, sehr leicht verwirrenden Benennungen zur

04
Verdrängung dessen, was längst als eingebürgert zu erachten ist, in's praktische Leben einzuführen, wieder zu entsagen. Ist der Arzt ohnedem mit dem Krankheitszustande schon hinlänglich beschäftigt, so ist's wesentlich nothwendig, im Receptiren sich kurz aber deutlich zu fassen. Diese Maxime der Alten liegt tiefer, als in der Sucht mit Neuem zu glänzen. Und wollte man diese Idee allgemein durchführen: so müßten wohl alle Naturkörper und deren Produkte, welche die Chemie bis auf ihre Elemente ergründet hat, neue Benennungen erhalten. Was hiesse aber dieses anders, als Materiale zum babylonischen Thurmbau liefern? — Sehr feines Pulver nannte man sonst auch Alkohol. Wäre es daher wohl unmöglich in Apotheken des Auslandes, wenn sie mit der Pharmacopoea bavarica nicht vertraut sind, auf eine Ordination von Alcohol Cinnam. das feinste Zimmtpulver, statt Tinct. Cinnam., welche nach unserer Pharmacopoea mit Alcohol Cinnamom. gleichbedeutend ist, zu erhalten? Welcher Arzt wird nicht mit Schüchternheit hydrosulphuretum Oxiduli stibii sulphuratum schreiben, indem seinem Gedächtnisse sehr leicht das Epitheton „sulphuratum“ — entschlüpfen kann, und aus der Apotheke sodann ein ganz anderes Präparat abgegeben wird? Und wer wird Oleum aethereo — pingue nucleorum myristicae moschatae schreiben, wenn man sich

viel kürzer und deutlicher ausdrücken kann?
— Zwar ist durch die neugewählte Terminologie nach der Vorrede der Pharmacopoea mehr die Achtung für den Stand der Wissenschaft ausgedrückt, als daß sie zur Norme für die Praxis dienen solle; denn es ist der freien Wahl überlassen, sich der gewöhnlichen — officinellen — oder der wissenschaftlichen Benennung zu bedienen. Allein gerade dadurch ist eine nachtheilige Ungleichförmigkeit begründet, und jene Verlässigkeit nicht gesichert, welche die Medizinalpolizei fordert. Anderer Seits glaubt auch mancher Apotheker seiner pharmaceutischen Offizin mehr Glanz zu geben, wenn er die Aufschriften nach der neuen Nomenclatur wählt, ohne zu erwägen, daß er eben dadurch seinen Subjecten selbst leicht Anlaß zu Irrungen geben könne.

Schon im Jahre 1815 hat Staatsrath Hufeland in seinem Journale ¹⁾ diesen Gegenstand zur Sprache gebracht, und sämtliche Aerzte Deutschlands und des Auslandes zu einer Verbindung für die Beibehaltung der officinellen Namen der Heilmittel aufgefordert. Der Recensent in der mediz. chir. Zeitung ²⁾ gab dieser Aufforderung seinen ungetheilten Beifall und schloß mit den Worten: »Möchten doch alle an die neue Nomenclatur gewöhn-

1) Journal der prakt. Heilkunde 1815. St. 1. Januar. S. 1.

2) Med. chirurg. Zeit. Salzburg 1815. Bd. 4. S. 178.

ten Aerzte diesen Aufsatz lesen und beherzigen, um sich zur Annahme der alten bewegen zu lassen!« — Wozu eine neue Sprachverwirrung ohne Noth? wozu die Geistessclaverei und Fesseln, wenn wir uns in dem alten Besitzstande frei und unabhängig benehmen können?« heisst es in einem weiteren Aufsatze über die neu-französische Nomenclatur in der Chemie ¹⁾. »Daher Aerzte, laßt uns die neumodische Terminologie aus unsern Pharmacopoeen verjagen; wir wollen unsre alten, gewohnten, in allen Büchern der Vorzeit befindlichen und expressiven Kunstnamen wieder hervorsuchen, und dadurch vor aller Welt bezeugen, daß wir unsern deutschen National-Charakter nicht vergessen haben.« — Zu bedauern ist, daß diese öffentlichen Aufforderungen keine Beherzigung fanden. — Ich möchte glauben, daß die Einführung einer neuen Nomenclatur in den Pharmacopoeen eben so sehr in das Gebiet der Medizinalpolizei gehöre, als die Bestimmung einer Taxordnung für Apotheker. Der Wissenschaft geschieht dadurch kein Abbruch, wenn die Medizinalpolizei in Erwägung zieht, ob es zweckmässig und rathsam seye, die offizinellen Namen durch die neu wissenschaftlichen zu verdrängen.

Noch dringt sich in Beziehung auf die

1) Med. chirurg. Zeit. 1815. Bd. 1. S. 94.

taxa pharmaceutica bavar. der Wunsch auf, die Grundsätze für dieselbe frei zu geben, um nach dem Steigen und Fallen der Arzneiwaaren ihre Berechnung vornehmen, und der Re- und Superrevision hienach gehörig entsprechen zu können; denn ausserdem bleibt man immer unbefriedigt, warum z. B. vom Roobjuniperi die Unze, welche früher um 4 kr. abgegeben wurde, nunmehr 22 kr. kosten solle.

10. Jenner's höchst wohlthätige Entdeckung wurde uns im Jahre 1807 gesetzlich zu Theil. Das damals erschienene Impfgesetz hatte des gleichförmigen Vollzugs wegen eine Instruktion in Begleitung ¹⁾).

Anmerk. Zur Erzielung einer Gleichförmigkeit in Ausführung des Impfgesetzes wurden von den Landesdirektionen der verschiedenen Provinzen Bayerns nach dem Typus der demselben angefügten General-Instruktion spezielle Anordnungen und instruktionelle Bestimmungen erlassen. Wenn dadurch gleichwohl eine Gleichförmigkeit in der Behandlung des Geschäftes in jeder einzelnen Provinz erzielt worden: so wurde von der andern Seite eine eben so grosse Ungleichförmigkeit nach Verschiedenheit der Provinzen selbst wieder herbeigeführt.

Wenn im Anfange das Geschäft noch vielen Schwierigkeiten und Vorurtheilen unterlag, und deßwegen mit vielen Förmlichkeiten und einer bedeutenden Vielschreiberei geführt

1) Königl. bayer. Regierungsbl. 1807. St. 41. S. 1493.

werden mußte: so hat seitdem die Schutzpockenimpfung bereits allgemeines Zutrauen gewonnen und solche Fortschritte gemacht, daß ohne dem Zwecke Abbruch zu thun, dasselbe viel einfacher als früher geführt werden könne. Zwar scheint die in neuester Zeit öfter als sonst beobachtete Pockenart der Varioloiden eine Störung in das so gut geregelte Impfgeschäft bringen zu wollen; allein wenn man die bisherigen Resultate zusammenstellt, so ergibt sich hieraus zwar die Besorgniß, daß die Schutzpockenimpfung nicht allgemein schütze; dagegen aber auch die Beruhigung, daß

a) die Empfänglichkeit für die natürlichen Blattern, wenn sie auch in jedem Individuum nicht bleibend aufgehoben, doch in der Art wohlthätig modifizirt werde, daß von den hie und da in der Form von Varioloiden wiederkehrenden natürlichen Blattern unter gehöriger Behandlung und bei angemessenem Verhalten wohl höchst selten eine Gefahr zu besorgen stehe, und daß

b) wenn auch die durch Jahre aufgehobene Receptivität bei einzelnen Subjecten später wieder zurückkehre, dieselbe eben auch nur zur Aufnahme für gemilderte Pocken disponire; endlich

c) nach den bisherigen Versuchen und Beobachtungen im nämlichen Grade der muthmaßlichen Wiederempfindlichkeit für natür-

liche Blattern die Subjecte auch wieder für die Schutzpocken empfänglich werden; daher sich auch durch Wiedereinimpfung nach Jahren jeder Besorgniss enthoben werden könne¹⁾.

Die Verhandlungen dieses Gegenstandes sind im Ganzen noch keineswegs geschlossen; denn noch ist selbst die Theorie über die wahren und falschen Blattern nicht im Reinen. Während einige Aerzte aus dem Contagium der wahren Pocken auch die falschen entstehen lassen, finden andere einen wesentlichen Unterschied in demselben, lassen jedoch die Varioloiden von den wahren Blattern abstammen, und setzen ihren Unterschied lediglich in eine durch die Vaccine bewirkte Modifikation. Demungeachtet wollen wieder Andere in den Varioloiden ein ganz eigenes Pockengeschlecht orientalischer Abkunft nach *Moreau de jonnes* entdeckt wissen. Solle wohl die Ursache der Modifikation und der Verschiedenheit der Pocken überhaupt nicht näher liegen, und vielmehr in der durch atmosphärische Verhältnisse herbeigeführten Verschiedenheit der Konstitutionen selbst, so wie in der Receptivität der Individuen, die selbst wieder konstitutionell verschieden seyn kann, ihren Grund haben? Durch Erstere kann eben sowohl das Contagium nach Verschiedenheit der Entwicklung und ihrer Grade einer Modifikation unterliegen, als durch Letztere die Aufnahme und Entwicklung in der Modalität eine Aenderung erleiden. So wie nun die Lehre der Pocken hinsichtlich des Contagiums und seiner Identität oder Verschiedenheit noch sehr problematisch ist: so finde ich auch in den Beobachtungen der Aerzte eine vielfältige

1) Prakt. Darstell. der wichtigsten ansteckenden Epidemien und Epizootien in ihrer Beziehung für die med. Polizei von Dr. M. W. Mandt zu Küstrin. Berlin 1823. S. 244 — 247.

Verwechslung der Varioloiden mit den Variellen. Während früher neben den wahren Blattern nur falsche Pocken beobachtet worden, werden itzt von einigen Aerzten größtentheils nichts anders als Varioloiden gesehen. Wenn das Vorkommen derselben die Schätzung der Vaccine verdächtig macht, und die Erfahrungen kund geben, daß aus den Varioloiden bei Ungeschützten wahre Blattern sich erzeugen können: so kann ich aus den bisherigen Beobachtungen keineswegs die Ueberzeugung gewinnen, daß auch die in der mildesten Form bei den schon Geschützten vielfältig vorkommenden Pocken, welche den falschen Blattern dem Verlaufe und den Symptomen nach sehr nahe stehen, als gleichbedeutend mit den Varioloiden zu erachten seyen. Mir scheint die Contagiosität überhaupt nur durch höhere Entwicklung bedingt zu seyn, eben daher möchte ich statt einer Verwechslung oder Gleichstellung vielmehr ihren Unterschied nach dem, den natürlichen Blattern pathognomisch zukommenden ganz eigenen und immer richtigen Verlaufe mit Rücksicht auf das Kriterium, bei Ungeschützten echte Menschenpocken zu erzeugen, besser begränzt wissen. — In die Theorie der Blattern näher einzugehen, liegt nicht in der Absicht meiner Abhandlung. Um indess den kurzen Andeutungen doch einige Garantie zu gewähren, beziehe ich mich nebstdem, daß auch im Nachgange aus den gesammelten Erfahrungen im Impfwesen nähere Belege für dieselben folgen werden, zunächst auf die neueste Abhandlung über die Varioloiden und Variellen von Nic. Chr. Möhl ¹⁾. — »Aus dieser

1) Vid. Dr. Nic. Chr. Möhl etc. über die Varioloiden und Variellen. Aus dem Latein, von Dr. C. Fr. Th. Krause etc. Hannover 1828.

Darstellung der Bedingungen zur Entstehung der Varioloiden, heisst es S. 42, lässt sich der Schluss ziehen: modifizierte Blattern entwickeln sich, wenn die Empfänglichkeit, oder der Ansteckungsstoff, oder die epidemische Konstitution zur Erzeugung der normalen Blattern nicht hinlänglich wirksam vorhanden sind — gleich den Pflanzen, welche keimen und wachsen, aber wegen Unfruchtbarkeit des Bodens oder Mangel an Wärme nicht zur vollkommenen Ausbildung gelangen.« — »Größere oder geringere Disposition zur Verarbeitung des Pockengiftes, sagt Selle ¹⁾ in Beziehung auf die falschen Blattern, macht hier vielleicht alles aus.« — Ebenso heisst es in den Notizen aus dem Gebiete der Natur- und Heilkunde ²⁾: »Unsern Ansichten nach sind die mit den Namen Variola, Varioloides und Varicella bezeichneten Affektionen weiter nichts, als verschiedene Grade einer und derselben Krankheit. Diese Theorie besitzt den unbestreitbaren Vortheil der Einfachheit. Sie hat auch sehr interessante Versuche für sich, welche vor einigen Jahren der medizinischen Akademie von einem Arzte des westlichen Frankreichs mitgetheilt worden sind. Als nämlich eine Pocken-Epidemie in jener Gegend zu einer Zeit ausbrach, wo

1) Vid. Chr. G. Selle's Medicina clinica. Wien 1788. S. 95.

2) Vid. Notizen aus dem Gebiete der Natur- und Heilkunde. April 1829. Nr. 513. S. 110. aus le Globe T. 7. Nr. 26.

Febr. 1830.

kein Kuhpockengift zu bekommen war, hatte jener Arzt den glücklichen Gedanken, das Gift der Blattern der Varicella zu inoculiren. Das Resultat war ein örtlicher Ausschlag von Pusteln der Varicella, und alle auf diese Weise Geimpfte wurden gerettet.«

Sey ihm im Ganzen, wie ihm wolle, so ist durch die Beobachtungen und Versuche, wie sie uns vorliegen, jeden Falles eine standhafte Fortsetzung der Schutzpockenimpfung diktirt; daher ist es auch an der Zeit, die Instruktion nach dem gegenwärtigen Stande der Schutzpockenimpfung abzuändern, und die frühere mit Rücksicht auf die Varioloiden durch eine neuere zu ersetzen, um wieder Gleichförmigkeit in das Impfgeschäft zu bringen.

Anmerk. Bereits vorgelegte Entwürfe lassen hoffen, daß eine dem gegenwärtigen Bedürfnisse anpassende Instruktion bald erscheinen werde.— Daß das Impfen mit Varioloiden verboten seye, weil nach fast allgemeiner Annahme die Varioloiden bei Nichtgeimpften als echte Pocken verlaufen, ist inzwischen durch ein Allerh. Rescr. vom 8. April 1828 ausgesprochen worden. —

Oeffentlichkeit gewinnt der Sache Vertrauen, und wirkt ermunternd für die Aerzte, die das Impfgeschäft zu besorgen haben. Die Resultate der gesetzlichen Jahresimpfungen, welchen die Vorkommnisse der natürlichen Blattern und Varioloiden gegenübergestellt werden, durch das Regierungsblatt zur öffent-

lichen Kenntniß zu bringen, kann die gute Sache nur fördern, und ist der Wissenschaft zur Aufhellung der noch obwaltenden Bedenken erspriesslich.

Ich habe in obigen Blättern die Resultate der Impfungen im Regenkreise vom ersten gesetzlichen Impfbahre 180⁷/₈ bis incl. 18²⁶/₂₇ in einer summarischen Uebersicht mitgetheilt. Es dürfte daher weder der Wichtigkeit der Sache, noch der Zeit und dem Orte nach, unpassend seyn, wenn ich gegenwärtig auch jene vom Jahre 18²⁷/₂₈ nebst einem Rückblick auf die frühern Jahresimpfungen in Beziehung auf die natürlichen Blättern, wie sie bereits im Intelligenzblatte zur Kenntniß des Kreises gebracht worden sind, kund gebe ¹⁾).

Von 13761 Pockenfähigen sind im Jahre 18²⁷/₂₈ in den verschiedenen Gerichtsbezirken des Regenkreises 10038 mit Erfolge; 39 ohne Erfolge und wegen dreimal im gesetzlichen Zeitraume versuchter, aber erfolglos gebliebener Impfung von einem fernern Versuche frei; 248 ohne Erfolge und wieder zu impfen, sohin 10325 mit Schutzpocken geimpft worden. Zur weitem Impfung blieben daher, einschliesslich der wieder zu impfenden zusammen 3684.

Während die Schutzpockenimpfung nach

¹⁾ Vide königl. bayer. Intelligenzbl. für den Regenkreis 1829. Nr. 12. S. 405.

obiger Darlegung auch im Jahre 18²⁷/₂₈ einen erwünschten Fortgang genommen, sind demungeachtet im Verlaufe desselben 41 Individuen von Blattern befallen worden. Wie die berichtlichen Aufklärungen der Physikate bewähren: so waren hierunter nicht mehr denn 10, die früher weder geblattert hatten, noch mit Erfolg geimpft worden sind, sohin gegenwärtig die eigentlich natürlichen Blattern erlitten haben. Die Uebrigen, an der Zahl 31, haben sich schon früher die Schutzpocken einimpfen lassen. Hierunter kamen 4 zu Regensburg vor mit 24, 22, 20 und 10 Jahren, und mit Erfolge geimpft im Jahre 1805, 1810, 1809 und 1819, zugleich charakteristische Pockennarben an sich tragend. Zu Beilngries 1 mit 27 Jahren und im Kindesalter geimpft, wovon 4 charakteristische Impfnarben noch sichtbar. Zu Sulzbach 11 in einem Alter von 23 bis abwärts zu 7 Jahren. Endlich zu Waldmünchen 17. — Hievon 11 von 17 bis 25 Jahren, 2 von 11 Jahren, und 4 noch nicht 3 Jahre alt.

Die Blattern all dieser hatten einen gelinden und an sich gefahrlosen Verlauf, und sind sonach zu den gemilderten Pocken (Varioloiden) zu zählen. Einige von diesen waren in ihren Erscheinungen sehr gelinde, und machten einen so kurzen Verlauf, daß sie in diesen beiden Beziehungen den falschen Pocken (Varicellen) so nahe standen, daß sie keinen

Unterschied in ihrer Außenseite dargeboten haben. Die davon Ergriffenen hatten daher kaum wenige Tage eines besonderen Verhaltens nothwendig. Im Bezirke Sulzbach kamen 4 und in Waldmünchen 12 solcher Fälle vor. Der Physikatsbericht von Sulzbach gab zu entnehmen, daß nur unbedeutende Krankheitszufälle vorhanden waren, und nur einzelne Pocken am Körper zum Vorscheine kamen, daher die damit Befallenen munter blieben, und sich wie in ganz gesunden Tagen mit Spielen aller Art unterhielten. Demungeachtet ist in dem Gerichtsbezirke Waldmünchen ein Kind von 1½ Jahre im Verlaufe der Krankheit und in Folge einer Complication, wie der Physikatsbericht dargethan, gestorben. Auch in Regensburg wurden während des Daseyns von natürlichen Blattern und Varioloiden solche Fälle beobachtet, die, weil sie von der Variolois bei weitem mehr entfernt, den falschen Pocken dagegen in ihrer Außenseite sehr nahe standen, auch als solche erkannt, und größtentheils durch ein diätetisches Verhalten wieder geheilt wurden. Sie kamen auch in der Folge, als der Weiterverbreitung von natürlichen Blattern sowohl als Varioloiden durch angemessene Contumazmafsregeln bereits Einhalt geschehen war, noch einzeln vor, und wurden ebenfalls als solche, ohne daß eine Uebertragung auf Andere, oder eine sonstige Mittheilung anders, als im Wege der atmo-

sphärischen Konstitutions - Verhältnisse Statt fand, behandelt. An eigentlichen Varioloiden lagen sonach nicht mehr denn 15 darnieder. Schon diese Beobachtungen, wie die Vorkommnisse in Beziehung auf die natürlichen Blattern dieselben im Jahre 18²⁷/₂₈ dargeboten haben, geben die Wohlthat der Schutzpockenimpfung mit einer höchst erfreulichen Ueberwiegenheit kund; denn von den 10 natürlich Geblatterten haben 6 an den vollkommen echten Menschenpocken ihren Tod gefunden, während im eigentlichen Sinne Keines den gemilderten Pocken unterlag.

Die an sich noch ziemlich neue, wenigstens die Aufmerksamkeit seit kurzem erst vorzüglich anregende Erscheinung der Varioloiden machen es nicht überflüssig, einen Rückblick auf die früheren Jahresimpfungen in Beziehung auf die in verschiedenen Gerichtsbezirken und in den verschiedenen Jahrgängen seit der Einführung des Allerh. Impfgesetzes vorgekommenen natürlichen Blattern (*Variolae verae*), dann die Varioloiden (gemilderte Pocken), und auf die falschen oder unechten Blattern (*Variolae spuriae*, s. *Varicellae*) zu werfen.

In den ersten Jahren der gesetzlichen Impfungen herrschte eine bedeutende Blattern-Epidemie, die schon das Jahr früher begonnen, und ihren *Cyclus* innerhalb vier Jahren schloß; denn erst im Jahre 18⁰⁹/₁₀ trat sie wie-

der vom Kampfplatze ab, und gab sich in der Folge blos durch sporadisches Wiedererscheinen kund. Im Jahre 180⁷/₈ waren in den verschiedenen Gerichtsbezirken des Regenkreises 1215 Personen an natürlichen Blattern krank. Sie waren vielfältig sehr bösartig, daher 320 Individuen hieran gestorben sind. Schon damals machte man die Bemerkung, daß einige Kinder, welche eben mit Schutzpocken geimpft waren, im Verlaufe derselben auch von natürlichen Blattern befallen worden sind. Sie zeigten sich aber gewöhnlich um vieles gutartiger, und diese sowohl als die Schutzpocken nahmen ganz ungestört ihren eigenthümlichen Verlauf neben einander. Die Echtheit der Schutzpocken bewährte sich vorzugsweise dadurch, daß solche Impflinge, noch bevor die Blattern-Infektion ihre Wirkungen äusserte, zur Abimpfung mit bestem Erfolge verwendet worden sind.

Im Jahre 180⁸/₉ war der Stand der Blatternkranken 772, dann jener der hieran Verstorbenen 174. — Auch in diesem Jahre kamen Fälle vor, wo Geimpfte während dem Verlaufe der Schutzpocken natürliche Blattern bekamen. Letztere blieben ebenfalls gutartig, so wie der Gang nebeneinander regelmässig. Aber auch unechte, resp. falsche Pocken befielen, wie dieses im Jahre 180⁷/₈ ebenfalls beobachtet worden, Geimpfte wie Ungeimpfte, — Geblatterte und Nichtgeblatterte.

Im Jahre 18⁰⁹/₁₀ kamen noch 175 Blatternkranke vor, woran 50 gestorben. Unechte Pocken erschienen dabei vielfältig, und wurden von den Laien mehrmalen mit den natürlichen Blattern verwechselt. Ihr Verlauf war kurz, und von Erscheinungen begleitet, wie sie den falschen Pocken eigenthümlich sind. Auch *im Jahre 18¹⁰/₁₁* suchten die natürlichen Blattern ihren Einfluß noch geltend zu machen, doch konnten sie sich nur mehr 16 Individuen in verschiedenen Bezirken bemächtigen, wovon leider! 5 unterlagen. Falsche Pocken wurden mehrfältig wieder für echte gehalten. *Der Jahrgang 18¹¹/₁₂* bot uns nur 2 Fälle von natürlichen Blattern im Gerichtsbezirke Vohenstraufs, wovon der Eine einen tödtlichen Ausgang genommen, zur Beobachtung dar. Auch falsche Pocken zeigten sich noch hie und da. Und obgleich *im Jahre 18¹²/₁₃* gar keine natürlichen Blattern, und *im Jahre 18¹³/₁₄* nur ein einziger Fall hievon im Gerichtsbezirke Kötzing, welcher damals noch zum Regenkreis gehörte, mit günstigem Ausgange vorgekommen, so wurden doch falsche Pocken vielfältig beobachtet. — *Im Jahre 18¹⁴/₁₅* fingen die natürlichen Blattern neuerdings an, ihr Haupt zu erheben; doch ward ihrer Neigung, sich zu verbreiten, durch die bisherige Schutzpockenimpfung ein mächtiger Damm gesetzt. Im Gerichtsbezirke Kötzing wurden 43, und in Regensburg 4 hievon be-

fallen, zusammen 47, worunter 7 gestorben. In Regensburg sind sie entschieden anders woher eingebracht worden.

Der Jahrgang 18¹⁵/₁₆ zählte 49 Blatternkranke, und zwar im Gerichtsbezirke Kötzing 48, wovon 9 unterlagen, und in Parsberg 1. — Zwei Individuen aus der Gesamtzahl konnten ihre frühere Erfolgimpfung durch ordentliche Impfscheine dathun. Sie überstanden die Krankheit ohne bedenkliche Zufälle. Dieses die ersten zwei Fälle, wobei die Vaccine seit Einführung der Schutzpockenimpfung ihre Schutzkraft nicht vollkommen bewährte. Falsche Pocken unter Geimpften wie nicht Geimpften wurden hie und da, insonderheit auch im Gerichtsbezirke Kötzing neben den wahren Blattern beobachtet, und in einzelnen Fällen mit so starkem Eruptionsfieber und freiwilligen Erbrechen, dann in einer Entwicklungsform, daß sie nach der berichtlichen Aufklärung den echten Pocken sehr ähnlich sahen. Sie machten indess ihren Verlauf schon innerhalb sieben Tagen und vertrockneten sehr schnell. Die Pustelform war dabei mehr spitz und ohne Grübchen, und der Ausbruch geschah fast über den ganzen Körper, doch einzelnstehend, schon am zweiten Tage des Erkrankens. Drei Fälle wurden hievon vom Stadtphysikate Amberg besonders verzeichnet, wovon zwei Nichtgeimpfte noch im nämlichen Jahre mit bestem Erfolge geimpft worden sind.

Im Jahre 18¹⁶/₁₇ wurden 4 Blatternkranke und zwar im Gerichtsbezirke Abensberg 1 und in Roding 3 beobachtet, welche die Krankheit auch ohne bedenkliche Zufälle überstanden haben. Obgleich übrigens in diesem Jahre alle Seuchen des kindlichen Alters zu ruhen schienen; so zeigten sich doch mehrfachig falsche Pocken. Der Jahrgang 18¹⁷/₁₈ brachte wieder 49 Fälle von natürlichen Blattern zum Vorscheine, und zwar in der Stadt Eichstädt 43, im Herrschaftsgerichte 1, in Ingolstadt 1 und in Vohenstrauß 4. Von der Gesamtzahl sind 7 gestorben, und hierunter 3, die eben mit Schutzpocken geimpft worden sind, im Verlaufe aber die Blattern-Infektion erlitten haben. Ein Anders auf dieselbe Weise von Blattern ergriffen, wurde am 6. Tage nach der Impfung krank; hatte sich aber eines regelmäßigen und gutartigen Verlaufs zu erfreuen. — Ein mit ordentlichem Impfscheine versehenes Individuum erlitt die natürlichen Blattern ebenfalls mit gutartigem Verlaufe. Sohin neuerdings eine Erscheinung von Varioloiden. — Falsche Pocken, wie bisher, mehrfachig unter früher mit Erfolge Geimpften. Auch im Jahre 18¹⁸/₁₉ kamen sie vielfältig und in verschiedenen Gegenden vor, dabei öfters sehr täuschend; machten aber ihren Verlauf meist innerhalb 7 Tagen, und mehrere Nichtgeimpfte hievon wurden später mit gutem Erfolge geimpft. — Sechs solcher Individuen sind ih-

rer täuschenden Aehnlichkeit wegen im Gerichtsbezirke Waldmünchen wirklich als echt blatternkrank angesehen worden. Die Erfolgimpfung im darauf folgenden Jahre that aber ihre Unechtheit unbestreitbar kund.

Der Jahrgang 18¹⁹/₂₀ verschonte uns gänzlich von Blattern, selbst von falschen Pocken geschah keine Erwähnung. — *18²⁰/₂₁* Menschenblattern keine; dagegen wieder mehrfach falsche Pocken, die die sorgfältigen Pfleger nicht selten durch ihre Aehnlichkeit mit den echten Pocken täuschten. *Im Jahre 18²¹/₂₂* 4 Blatternkranke im Gerichtsbezirke Waldmünchen. Die Blattern hiebei gutartig verlaufend. Mehrere früher mit Erfolg Geimpfte erlitten gleichzeitig falsche Pocken mit leichtem Verlaufe. Die Nichtgeimpften, welche ebenfalls hieran Theil genommen, bekamen bei später vorgenommener Impfung vollkommen echte Schutzpocken. — *Der Jahrgang 18²²/₂₃* bot uns 24 Blatternkranke, und zwar 23 im Herrschaftsgerichte und der Stadt Eichstädt, hierunter 4 mit tödtlichem Ausgange, und in Waldmünchen 1 zur Beobachtung dar. Letzters, 6 Jahre alt, ist vor 5 Jahren mit Erfolg geimpft, und der reichhaltigen Pocken wegen selbst zur Abimpfung verwendet worden. In diesem Jahre erlitt es demungeachtet eine Blattern-Infektion, und zwar nach der berichtlichen Aufklärung mit allen Kennzeichen der echten Pocken, die jedoch regelmä-

fsig und gutartig verliefen. Sohin eine wiederholte Erscheinung von Varioloiden. Falsche Pocken herrschten gleichzeitig und in verschiedenen Gegenden.

Im Jahre 18²³/₂₄ Menschenpocken keine; dagegen mehrfältig Exantheme, welche die Eltern für natürliche Blattern hielten. Eine nähere Untersuchung deckte aber bald den Irrthum auf. — *Im Jahre 18²⁴/₂₅* kamen im Gerichtsbezirke Pfaffenberg 6 und in Regensburg 5, sohin im Ganzen 11 Blatternkranke vor, wovon keiner den Blattern unterlag. Nach Regensburg wurden sie durch wandernde Handwerksgesellen gebracht. Die hieran krank geworden, waren weder geimpft, noch hatten sie früher geblattert. Zwei Geimpfte nahmen in der Art Theil, daß sich hiebei falsche Pocken entwickelten. Auch in Pfaffenberg bekamen schon früher Geimpfte und ein noch nicht Geimpftes gleichzeitig falsche Pocken. Ihr Verlauf vom Ausbruche bis zur Abtrocknung dauerte nur 5 bis 6 Tage. In andern Gerichtsbezirken kam diese Pockenart ebenfalls häufig vor, und öfters so täuschend, daß es einen geübten Blick erforderte, um nicht irre geführt zu werden. Im Bezirke Waldmünchen bekam ein Individuum, das vor zwei Jahren scheinbar echte Blattern hatte, erst bei der zum dritten Male vorgenommenen Impfung echte Schutzpocken zum Beweise der Unechtheit der frühern. Wenn auch nicht

Geimpfte mit Varioloiden befallen werden können; so dürfte eben erwähnter Fall dahin zu zählen seyn. — Bisher galten derlei Pocken als falsche Pocken im höhern Grade.

Der Jahrgang 18²⁵/₂₆ brachte 42 Blattern-
kranke zum Vorscheine; hierunter im Gerichtsbezirke Kipfenberg 3 an natürlichen Blattern, in Vohenstrauß 2, früher mit Erfolg geimpft, und nunmehr mit gutartigem Verlaufe und merklicher Abkürzung in der Abtrocknungs-Periode; und in Waldmünchen 37, davon mit natürlichen Blattern 1, mit Varioloiden bei früherer Erfolgimpfung 9. — Alle Uebrige waren ebenfalls schon früher mit Erfolg Geimpfte, und nur wenige noch nicht Geimpfte. Ihre Blatterform stand den Erscheinungen und dem Verlaufe nach den falschen Pocken, die gleichzeitig auch anderswo herrschten, am nächsten. Von allen diesen starben 2, und zwar in Waldmünchen aus der Zahl der an Varioloiden krank gelegenen Individuen, nach der berichtlichen Aufklärung aber vielmehr an Folgekrankheit und aus Vernachlässigung des gehörigen Verhaltens. Was seit Einführung der gesetzlichen Schutzpockenimpfung nur äusserst selten beobachtet worden, kam in diesem Jahre, wie aus obigen ersichtlich, in der Mehrzahl zum Vorscheine. Mehrere früher mit Erfolg Geimpfte und in verschiedenem, meist mehr vorgerücktem Alter von 12 bis 18, auch 24 Jahren und

drüber, wurden von Blattern, die sich als Varioloiden kund gaben, befallen.

Im Jahre 18²⁶/₂₇ wuchs die Zahl der vorgekommenen Blatternkranken auf 85. — 20 hiervon unterlagen der Krankheit und zwar 19 an echten Menschenpocken bei noch nicht geimpften, und 1 aus dem Landgerichte Waldmünchen an Varioloiden nach Ausweis des Impfscheins früher mit Erfolg geimpft. Uebrigens kamen diese Blattern in verschiedenen Gerichtsbezirken vor. In Abensberg lagen 19 an natürlichen Blattern und 1 an Varioloiden; in Ingolstadt 14 an natürlichen Blattern, 11 an Varioloiden und 2 an falschen Pocken; zu Regensburg 4 an natürlichen Blattern, durch wandernde Handwerksgesellen dahin gebracht. In Roding 8, in Sulzbach 2 und im Herrschaftsgerichte Winklarn 3, überall an natürlichen Blattern; in Waldmünchen endlich 8 an natürlichen Blattern, 2 an Varioloiden, und 11 an falschen Pocken.

Wenn diese aus den Impfacten treu entworfenen Beobachtungen näher zusammengefaßt werden: so berechtigen sie zu folgenden Resultaten, die der Schutzpocken-Impfung nicht nur keinen Abbruch thun, sondern ihre wohlthätige Wirkung mit höchst erfreulicher Ueberwiegenheit an Tag legen:

a) Seit den ersten Jahren der gesetzlichen Schutzpocken - Impfung blieb der Regenkreis

von einer eigentlichen Blattern-Epidemie verschont. Die damals noch vorgekommene begann im Jahre 1806 und schloß ihren Cyclus im Jahre 18⁰⁹/₁₀. — 2162 Individuen wurden während der drei ersten Impffahre hievon ergriffen, und 544 fanden darin ihren Tod, sohin circa der vierte Blatternkranke.

b) In der Folge traten die Blattern nur noch einzeln in verschiedenen Gegenden auf, oder sie blieben auch in der Mehrzahl nur auf einen Ort oder einen Bezirk beschränkt, wie in den Jahren 18¹⁴/₁₅ et 18¹⁵/₁₆ im Gerichtsbezirke Kötzing, und in den Jahren 18¹⁷/₁₈ et 18²²/₂₃ im Gerichtsbezirke Eichstätt. Ob das Pocken-Contagium durch besondere Lokalbegünstigung der Atmosphäre nur aus seinem Schlummer erwachte, oder in Folge des Verkehrs neuerdings dahin verpflanzt worden ist, ließ sich nicht überall ausmitteln. — Vom Jahre 18¹⁰/₁₁ bis einschliesslich 18²⁴/₂₅ erkrankten noch 213 Individuen an natürlichen Blattern, woran 33 unterlagen, sohin nicht ganz der siebente Kranke.

c) Obgleich unterbrochen, — so wurde der Regenkreis doch volle 5 Jahre von natürlichen Blattern gar nicht heimgesucht, und im Verlaufe von 2 Jahren kamen nur 1 oder 2 Blatternkranke in demselben vor; im Jahre 18²⁵/₂₆ dagegen, dann 18²⁶/₂₇ und 18²⁷/₂₈ schien die Natur sich neuerdings zu einer förmlichen Blattern-Epidemie vorbereitet zu haben, und

das Blatter-Contagium begünstigt durch die Atmosphäre wieder mit voller Kraft auftreten zu wollen. Die bisherigen Fortschritte in der Schutzpockenimpfung machten indess ihrem Bemühen einen mächtigen Abbruch. Bei der Minderzahl von Pockenfähigen und der Tilgung der Empfänglichkeit für das Blatter-Contagium bei weitem in der Mehrzahl konnte sie ihren Kampf größtentheils nur mit Geimpften beginnen. Kräftig in die Enge gehalten durch die wohlthätige Wirkung der Schutzpockenimpfung, vermochte sie nicht mehr jene Unheil bringende Blattern in den von der Vaccine in Schutz genommenen Individuen hervorzubringen, sondern sich mit einer mildern Form, die dem Leben kaum höchst selten gefahrdrohend ist, zu begnügen.

d) Diese Pockenart — eine Zwitterpflanze, wie Kausch sie nennt, die von echten Pockensamen entsprossen, aber in einem durch die Vaccine vorher imprägnirten und veränderten Boden ausgebildet, und dadurch eigenthümlich modificirt, gestaltet und gemildert — kam nun *in der Mehrzahl* im Jahre 18²⁵/₂₆ in diesseitigem Kreise das erstemal zum Vorscheine. Früher wurde man sie nur als eine äußerst seltene Erscheinung gewahr, und hat sie vielmehr einem unvollkommenen Erfolg der Schutzpockenimpfung, da wo sie sich bei irgend einem Individuum nach vorangegangener Impfung zeigte, zugeschrieben. Die erste Kennt-

nifs hievon erhielt man im Jahre 18¹⁵/₁₆, wo zwei Fälle von natürlichen Blattern, jedoch mit gutartigem Verlaufe nach früher geschehener Impfung zur Anzeige gebracht wurden. Im Jahre 18¹⁷/₁₈ kam ein ähnlicher Fall vor; eben so im Jahre 18²²/₂₃. Im Jahre 18²⁵/₂₆ endlich gaben sich die nunmehr sogenannten Varioloiden unzweideutig kund, und boten uns 11 Fälle zur Beobachtung dar. Im Jahre 18²⁶/₂₇ kamen deren 14 Fälle vor, und im Jahre 18²⁷/₂₈ 15; sohin zusammen 44 Fälle dieser Art.

e) Gleichzeitig wurden andere schon früher mit Erfolg Geimpfte mit Pocken befallen, die durch einen einfachern Verlauf, durch unerhebliche Krankheitserscheinungen, und selbst durch ihre spitze mit jener der, den natürlichen Blattern ähnlichen Pocken gar nichts gemeinhabende Form sich vielmehr als falsche kund gaben, oder wenigstens denselben so nahe standen, daß sie keinen wesentlichen Unterschied darboten, und immer einzeln stehend gefunden wurden. Einige Aerzte setzen sie eben auch unter die Varioloiden, aber in der gelindesten Form.

Anmerk. Herr Dr. A. Fr. Lüders, k. dän. Physik. zu Eckernförde im Herzogth. Schleswig, macht in seinem Werke: Versuch einer kritischen Geschichte der bei Vaccinirten beobachteten Menschenblattern etc., Altona 1824. S. 9. einen Unterschied zwischen *Varicella vaccinica* und *Variolois vaccinica*. Er sagt: „*Varicella vaccinica* nenne ich diejenigen Varicellen, welche aus dem Contagium der Blattern entsprossen, durch der

modifizirenden Einfluß der vorhergegangenen Vaccination entstanden sind, zur Unterscheidung von Variolois vaccinica, dieser sich der Blatternform mehr nähernden Form der Varioloiden Vaccinirter, welche besonders in ihrem zweiten Stadium die Form fleischigter Haut-Excrencenzen annimmt. Wir nennen sie Warzenblattern." — Diesen Unterschied erachte ich für die Medizinalpolizei nicht für unwichtig. Noch liegen meines Wissens keine Beobachtungen vor, daß auch aus der Varicella vaccinica, wie doch solches nach den Erfahrungen sehr bewährter Aerzte bei der Variolois vaccinica der Fall ist, echte Blattern entstehen. Die Varicella vaccinica scheint sonach der Schutzkraft der Vaccine nicht nur keinen Abbruch zu thun, sondern dieselbe vielmehr zu bethätigen. Ganz natürlich müssen daher auch die polizeilichen Mafsregeln zur Verhütung einer Weiterverbreitung hienach bemessen werden, die in der Anwendung freilich bei den vielen Abstufungen zwischen der Variolois und der Varicella und ihren mannigfaltigen Nüancen, welche zwar auch die Variolae verae im Vergleiche zu den falschen Blattern vielfältig darbieten, demungeachtet mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden sind.

Will man dieselben auch gegenwärtig hierunter zählen; so müssen dem obigen Stande noch 56 Fälle, wie in der Aufzählung der einzelnen Jahrgänge ersichtlich, beige-schlagen werden, wonach in den letzten drei Jahren 100 Krankheitsfälle von Varioloiden vorgekommen sind. Hierunter starben im Gerichtsbezirke Waldmünchen 4, aber nicht der Heftigkeit und der Gefahr der Krankheit kann der tödtliche Ausgang, wie die berichtlichen Auf-

klärungen dargethan, zugeschrieben werden, sondern vielmehr einer Complication und einem höchst unzweckmäßigen Verhalten s. a. Es ist dieses auch um so wahrscheinlicher, als lediglich in Waldmünchen sich diese Todesfälle ergaben, während in allen andern Bezirken, wo ebenfalls Varioloiden im eigentlichen Sinne vorkamen, der Verlauf gutartig und ohne Gefahr bei zweckgemäßer Behandlung und einem geeigneten Verhalten statt gefunden hatte.

f) Während diese Varioloiden zur Beobachtung sich darboten, kamen gleichzeitig in gedachten letztern Jahren an nicht geimpften und noch nicht geblatterten Individuen vollkommen natürliche Blattern vor, und zwar 72 Fälle, wovon 25 an denselben ihren Tod gefunden. Vergleicht man nun dieses Resultat mit jenem der Varioloiden; so erscheint letzters höchst erfreulich und ist für die Entdeckung *Jenners* nur lobpreisend.

g) Kaum Ein Jahrgang floß ab, seit die gesetzliche Schutzpockenimpfung besteht, wo nicht auch falsche Pocken beobachtet wurden. Sie stellten sich nach den Physikatsberichten bald unter der Form von Spitz- oder Schafpocken (die gemäß Erfahrung sogar vielfältig schwären und öfters wochenlang dauern), bald auch als Wasser- oder Windblattern dar. Dieses Vorkommniß von falschen Pocken ist indeß keine neue Erscheinung; denn schon

früher, als von der Vaccination noch gar keine Rede war, stand die Erfahrung fest, daß echte und falsche Pocken gleichzeitig und allgemein herrschend vorkommen, und daß die falschen Pocken auch früher Inokulirte (mit den natürlichen Blattern), wie itzt Vaccinirte (mit Schutzpocken Geimpfte) befallen. Ebenso richtig ist es, daß falsche Pocken auch in Zeiten beobachtet worden sind, wo keine natürliche Blattern wenigstens nicht epidemisch herrschten, daß sie ferner allgemein herrschend, wie sporadisch vorkommen können, und im erstern Falle meist der Epidemie von natürlichen Blattern vorangehen; allein dieser wegen eben nicht nothwendig aufhören, wenn diese wirklich eintreten, sondern gleichzeitig fortdauern können ¹⁾).

11. Die öffentliche Sorge für Gesunde schließt die Sorgfalt für Todte in Beziehung auf diese selbst sowohl, als hinsichtlich ihrer Rückwirkung auf jene von der Theilnahme nicht aus. Die Furcht, lebendig begraben zu werden, ist die quälendste, die man sich denken kann. Darüber fordert der Lebende Beruhigung, die ihm nur durch wirksame Maassregeln der obersten Staatsfürsorge dadurch werden kann, daß selbst der Möglichkeit kein Spielraum bleibe. Wie dieses zu bewirken, ist die Frage, die

¹⁾ Vid. Heims Diagnostik der falschen Pocken in Horns Arch. 1809. H. Juli et August. S. 135.

der obersten Sanitätspflege zu lösen nicht schwer seyn dürfte. Aufgestellte Leichenbeschauer in Chirurgen und Badern sind freilich die Mittel nicht, dem Zwecke genügend zu entsprechen. Sie fordern den Staatsangehörigen nur eine neue Steuer ab, sichern aber nicht vor der quälenden Furcht. Besser schützt die Sorge für angemessene Leichenpflege mittelst umfassender Verordnung, wie die Leichen zu behandeln sind, bevor sie der Muttererde übergeben werden dürfen. Der behandelnde Arzt ist übrigens der verlässlichste Leichenbeschauer. Schon aus der Natur der Krankheit vermag er auf wirklichen oder den Scheintod zu schließen. Ohne Todtenschein des behandelnden Arztes solle daher in der Regel keine Beerdigung statt finden dürfen. Er hat sonach die Pflicht, seinen behandelten Kranken auch am Todtenbette noch zu besuchen, und die Wirklichkeit des Todes mittelst Ausstellung des Todtenscheins zu bestätigen. Dieses ist freilich nur ausführbar am Orte des behandelnden Arztes. Indefs kann doch auch in der Entfernung der Einfluß des Arztes mit Nutzen geltend gemacht werden, wenn ihm der Todfall sogleich angezeigt wird, wodurch er Anlaß bekommt, die Verordnung über Leichenbehandlung im konkreten Falle gehörig zu handhaben, und andererseits über die Natur der Krankheit, so ferne er hiebei nicht selbst behandelnder Arzt gewesen, genaue

Nachforschung zu halten, um über die Wirklichkeit des Todes einen richtigen Schluß gewinnen und auf dem Grunde dessen den Todtenschein ausstellen zu können. — Wo er begründeten Zweifel trägt, steht ihm die Befugniß, aber auch die Pflicht zu, die Beerdigung zu verschieben, und die Leichenbesichtigung selbst vorzunehmen, um theils den Leichnam näher zu beobachten, theils wo es Noth thut, die gehörigen Lebensrettungsversuche sogleich in Ausführung bringen zu können. — Starb der Kranke ohne ärztliche, oder unter der Behandlung eines entfernten und außerhalb des Gerichts - resp. Physikatsbezirkes wohnenden Arztes: so ist zur Ausstellung des Todtenscheins unter obigen Kautellen der Gerichts - resp. Physikatsarzt, an welchen sich die Betheiligten unmittelbar und ohne Aufschub zu wenden haben, verpflichtet. In medizinisch gerichtlichen Fällen ist ohnedem seine Kompetenz durch das Gerichtsverfahren in fraglicher Beziehung schon bestimmt. Diese Einrichtung veranlaßt mitunter den Kranken bei ordentlich recipirten Aerzten rechtzeitige Hülfe zu suchen, und setzt der Aftermedizin einen mächtigen Damm. Nur muß des Arztlohnes wegen solche Vorsorge getroffen werden, daß ärztliche Hülfe in möglichster Wohlfeilheit erlangt werden könne. Dies führt, wie leicht begreiflich, auf meinen Vorschlag zurück, die Medizin als Ganzes ausübbar zu

machen, und ihr auf möglichste Weise Allgemeinheit zu geben.

Anmerk. Wenn außer Siegelmäßigen Niemand seine Prozeßschriften im eigenen Namen unterschreiben, und ohne Mitunterschrift eines Advokaten bei irgend einer Gerichtsstelle einreichen kann, obgleich nicht zu bestreiten ist, daß unter Nicht-Siegelmäßigen der Gebildeten viele sind, die ihre Schriften selbst zu verfassen im Stande wären: so erscheint der Vorschlag, daß die Gewissheit des wirklichen Todes durch das Zeugniß eines ordentlichen Arztes hergestellt werde, wenn man die Wichtigkeit der Sache in Erwägung zieht, und die Zwecke hiemit in Vergleich setzt, gewiß als sehr verzeihlich. Schützt erstere Maßregel nebenbei vor der Zunahme der Winkel-Advokaten, so sichert auch letztere wenigstens vor einem großen Theile der krassesten Pfuscher.

Hinsichtlich der Rückwirkung der Todten auf Gesunde gewinnt die öffentliche Sorgfalt nur durch Errichtung von Leichenhäusern hinlängliche Befriedigung. Sie sind vorzüglich in größern Orten um so nothwendiger, als bei herrschenden Krankheiten und einem gedrängten Zusammenwohnen von Armen sich die Zurückwirkung sehr leicht durch Ansteckung und Verbreitung der Krankheit kund geben kann. Schon im Jahre 1802 und in nächstfolgenden Jahren ist in Folge erlassener Provinzial-Verordnungen die Versetzung der Kirchhöfe außerhalb der Ortschaften ihres für die Gesundheit anerkannten Nachtheiles wegen in Ausführung gebracht,

und aus gleichem Grunde auch die Beerdigung der Leichen in den Kirchen und deren Krüften verboten worden ¹⁾. Die Errichtung von Leichenhäusern kam damals gleichzeitig in Antrag. Möchte diese nicht länger ein frommer Wunsch bleiben, da doch Obiges inzwischen ziemlich allgemein in Vollzug gesetzt worden ist! Solle die Verschönerung des Friedhofes der Residenzstadt und das in demselben im Jahre 1819 angelegte Leichenhaus der Kostspieligkeit wegen keine Nachahmung finden: so möge dieses Denkmal der Zeit wenigstens zur Einladung dienen, um der Wichtigkeit des Gegenstandes wieder neue Aufmerksamkeit zu schenken! —

Damit nun glaubte ich die Frage, die ich mir vorgelegt habe, am richtigsten zu lösen, und der Medizinal Einrichtung Bayerns jene Vollendung zu gewinnen, die ihr meines Gedünkens noch abgängig ist. Die Medizinalverwaltung fände ihren edelsten Beruf in der Erhaltung und der zeit- und bedürfnisgemäßen Vervollkommnung derselben; und Staat und Wohlthäter in dem genauen Vollzuge der Gesamteinrichtung die sicherste Bürg-

¹⁾ Oberpfälz. Wochenblatt 1802. St. 51. S. 429, et churpfälzb. Regierungsblatt 1803. St. 5. S. 65.

schaft für die der leidenden Menschheit gewidmeten Dotationen.

Möge die Absicht ersetzen, was ich zu erreichen nicht vermochte!

Si non nova, dummodo vera!



Aschenbrenner, Georg

Was der Medizinal-Einrichtung Bayerns Noth thut um den Anforderungen eines
wohlgeordneten Medizinalwesens zu entsprechen ; ein Beitrag zur
Medizinalgeschichte Bayerns

Passau 1829

Bibl.Mont. 3218-73#Beibd.3

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10946418-1